

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Staatsminister Joachim Herrmann

Abg. Dr. Paul Wengert

Abg. Hans Herold

Abg. Tanja Schweiger

Abg. Jürgen Mistol

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Otto Lederer

Abg. Klaus Adelt

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Markus Ganserer

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

## **Regierungserklärung des Staatsministers des Innern, für Bau und Verkehr**

### **"Starke Kommunen - Starkes Bayern - Starke Zukunft"**

(Volkmar Halbleib (SPD): Starker Innenminister? – Unruhe)

Das Wort hat Herr Staatsminister Herrmann. Dabei dürfte ich um etwas mehr Aufmerksamkeit – auch in der CSU-Fraktion – bitten.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Wir liegen zu seinen Füßen!)

- Sie in der ersten Reihe ja, Frau Kollegin. Aber weiter hinten wird das nicht so gesehen. - Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, einen wunderschönen guten Morgen! Am 16. März werden rund 39.000 kommunale Mandatsträger in ganz Bayern neu gewählt. Für die bisherigen Amtsinhaber geht am 30. April die Kommunalwahlperiode zu Ende. Gemeinderäte, Stadträte, Kreisräte, Bürgermeister und Landräte haben in den letzten sechs Jahren die Geschicke ihrer Gemeinden und Landkreise gelenkt. Sie haben Verantwortung für die Gemeinschaft übernommen und das Leben in ihrem unmittelbaren Umfeld gestaltet und geprägt. Die allermeisten von ihnen haben das ehrenamtlich in ihrer Freizeit getan. Das ist die demokratische Basis des Freistaats Bayern. Da ist Demokratie für unsere Bürgerinnen und Bürger unmittelbar erlebbar. Für dieses großartige Engagement unserer kommunalen Mandatsträger sage ich im Namen der gesamten Staatsregierung ein ganz herzliches Dankeschön.

(Allgemeiner Beifall)

Wie haben sich Bayerns Kommunen in den letzten sechs Jahren, also dieser Kommunalwahlperiode, entwickelt? - Wir können heute feststellen: Bayerns Gemeinden stehen wirklich gut da. Unsere Kommunen nehmen mit ihrer Investitionsquote von über

21 % seit Jahren eine Spitzenposition unter den westdeutschen Flächenländern ein. Deren Durchschnitt beträgt gerade einmal 13,4 %. In Nordrhein-Westfalen beispielsweise liegt die Investitionsquote nur noch bei 7,4 %.

Trotz dieser kräftigen Investitionen weisen unsere Kommunen die zweitniedrigste Pro-Kopf-Verschuldung aller westlichen Flächenländer auf; zum 31. Dezember 2012 waren es gerade einmal 1.187 Euro pro Einwohner. Auch da noch einmal ein Vergleich: In Nordrhein-Westfalen liegt die Pro-Kopf-Verschuldung der Kommunen bei 2.920 Euro. Von den 2.056 bayerischen Gemeinden hat mehr als die Hälfte, nämlich 1.197, heute weniger Schulden als vor sechs Jahren. Während Anfang 2008 insgesamt 122 bayerische Gemeinden schon völlig schuldenfrei waren, waren es am 31. Dezember 2012 bereits 231 Gemeinden. Im vergangenen Jahr ist die Zahl sicher weiter gewachsen. Das gibt es nirgendwo sonst in Deutschland.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): 200 von 2.000!)

Ich weiß natürlich, dass es auch einige Gemeinden mit großen finanziellen Problemen gibt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Einige bloß?)

Deshalb haben wir zum Beispiel das Volumen der Bedarfszuweisungen massiv ausgeweitet. Doch der Gesamttrend ist positiv.

Lag die Gesamtverschuldung der Gemeinden und Landkreise zum Jahresbeginn 2008 noch bei rund 14,6 Milliarden Euro, waren es Ende 2012 nur noch etwa 13,2 Milliarden Euro, also 1,4 Milliarden Euro weniger als zu Beginn der kommunalen Wahlperiode.

Daran wird deutlich, liebe Kolleginnen und Kollegen: Was der Ministerpräsident den Kommunen versprochen hat, was der Finanzminister versprochen hat und was auch ich als Kommunalminister versprochen habe, haben wir gehalten. Der Schuldenabbau des Freistaats geht nicht zulasten der Kommunen, sondern wir nehmen sie voll mit auf dem Weg solider, ausgeglichener Haushaltsführung. Auch die Mehrheit unserer Kom-

munen baut Schulden ab, und das ist vorbildlich und einzigartig in Deutschland, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die "Bayernstudie 2012" des Bayerischen Rundfunks hat unter anderem ergeben, dass sich 78 % der Bürger in Bayern in ihrer Region verwurzelt fühlen. Diese regionale Bindung ist ein wichtiges Gegengewicht zur Globalisierung. Unsere Kommunen sind für die meisten ihrer Bewohner eine liebens- und lebenswerte Heimat - Staat und Kommunen, Stadt und Land Hand in Hand. Gemeinsam schaffen wir die Voraussetzungen für ein gutes Leben in Bayern.

Dabei müssen wir uns natürlich immer wieder einigen Zukunftsaufgaben neu stellen, allen voran aktuell der demografischen Entwicklung. Sie fordert gerade unsere Kommunen. So wird das Geburtendefizit, also die Differenz zwischen der Zahl der Geburten und der Zahl der Sterbefälle, immer größer, und davon sind praktisch alle Kommunen betroffen. Das Geburtendefizit wird in vielen Kommunen durch Zuwanderung aus anderen Teilen Deutschlands und Europas ausgeglichen und manchmal sogar weit übertroffen, in anderen dagegen nicht. Im Ergebnis haben heute in Bayern 1.012 Gemeinden mehr Einwohner als im Jahr 2008 – 1.044 Gemeinden haben aber weniger. Das östliche Oberfranken, das nördliche Unterfranken und die nördliche Oberpfalz sind vom Bevölkerungsrückgang besonders betroffen, während vor allen Dingen die Ballungsräume München, Nürnberg, Fürth, Erlangen und Augsburg weiter wachsen.

Es ist herrlich, in Bayern Städte von Weltrang zu haben, Städte mit großer Geschichte und großer Zukunft. Wir haben eine Landeshauptstadt, die nicht nur wegen des Oktoberfests und des FC Bayern in aller Munde ist, sondern die auch als Wirtschafts- und Wissenschaftsmetropole weltweit bekannt ist. Auf diese Landeshauptstadt können wir gemeinsam stolz sein. Sie ist dem Freistaat Bayern bekanntlich auch lieb und teuer; denn der Freistaat investiert sehr viel, damit sich diese Landeshauptstadt gut entwickelt.

Wir wollen aber keine Entwicklungen in unserem Bayernland, die sich nur auf die Ballungsräume konzentrieren. Wir haben einen klaren Verfassungsauftrag, nämlich die Förderung und die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten Land. Das bedeutet: In jedem Ort Bayerns muss es Zukunftsperspektiven für die Menschen, besonders für die junge Generation, geben. Es ist eine gemeinsame Aufgabe von Kommunen und Staat, diese Zukunftsperspektive zu schaffen – an jedem Ort in Bayern.

Elementar sind sichere Arbeitsplätze, in der Stadt ebenso wie auf dem Land. Bayerns Wirtschaft boomt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg in den letzten sechs Jahren, also in dieser Kommunalwahlperiode von 4,5 Millionen auf 4,9 Millionen.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Das ist die höchste Zahl an Arbeitsplätzen, die es in Bayern jemals gab. Das ist eine starke Entwicklung der Arbeitsplätze in unseren Kommunen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Die Menschen und auch die kommunalen Mandatsträger erwarten zu Recht, dass der Freistaat die bestmöglichen Voraussetzungen dafür schafft, dass die Arbeit zu den Menschen kommt. Die gestern vom Ministerpräsidenten und dem Siemens-Vorstandsvorsitzenden unterzeichnete Vereinbarung für Erlangen ist ein Musterbeispiel für ein solches Teamwork. Siemens investiert in den nächsten 15 Jahren eine halbe Milliarde Euro, und der Freistaat und die Stadt Erlangen sorgen für die richtige Infrastruktur.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Beifall aus Mittelfranken!)

Wenn es darum geht, die Arbeit zu den Menschen zu bringen, dann muss der Freistaat auch mit gutem Beispiel vorangehen. Er kann Arbeitsplätze nicht garantieren, aber ein gutes Beispiel geben. Das ist wichtig. Allein im Geschäftsbereich des Innen-

ministeriums wurden seit dem Jahr 1990 – ich zähle es beispielhaft auf – das Präsidium der Bereitschaftspolizei von München nach Bamberg, das Polizeiverwaltungsamt von München nach Straubing und Viechtach sowie vier VGH-Senate von München nach Ansbach verlagert. Aktuell zieht das Statistische Landesamt schrittweise von München nach Fürth um. In Schweinfurt hatten wir bereits in der Vergangenheit eine Außenstelle geschaffen. Das früher in München ansässige Polizeipräsidium Oberbayern wurde auf die beiden neuen Polizeipräsidien in Ingolstadt und in Rosenheim aufgeteilt.

Insgesamt haben wir damit allein in diesem Geschäftsbereich bereits über 2.000 Stellen aus München in die Regionen gebracht. Diese Politik wird die Staatsregierung in den nächsten Jahren konsequent fortführen und weiterhin neue Akzente setzen, wie zum Beispiel schon versprochen für Kronach. Es werden in nächsten Jahren eine ganze Reihe weiterer Fälle folgen. Das alles ist sozial verträglich. Wir nehmen dabei die Menschen mit, mit klaren Akzenten überall für die Regionen in Bayern.

Gute Lebens- und Arbeitsbedingungen brauchen auch eine gute Infrastruktur. Dem Breitbandausbau kommt dabei große Bedeutung zu. Das vom Finanzministerium vorgelegte neue Förderprogramm in Höhe von 1,5 Milliarden Euro erhält eine Erhöhung der Zuschüsse und eine Vereinfachung der Verfahren, was deutschlandweit einmalig ist. Wir schaffen im digitalen Bayern gleichwertige Lebensverhältnisse.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das sagen Sie seit zehn Jahren! – Zuruf von der SPD: Nur wann, fragt sich! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr probiert's zumindest!)

Verkehrsadern sind die Lebensadern in einem Flächenland wie Bayern; denn unsere Betriebe brauchen gute Anbindungen an Lieferanten und Kunden. Arbeitsplätze liegen nicht immer gleich vor der Haustür. Wir brauchen Mobilität für unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Deshalb investiert der Freistaat massiv in die Verkehrsinfrastruktur

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Zu wenig!)

und unterstützt hierbei auch die Kommunen. In diesem Jahr werden aus dem Staatshaushalt 472 Millionen Euro in den Bau, die Erhaltung und den Betrieb der Kommunalstraßen fließen. Bei den Staatsstraßen haben wir im vergangenen Jahr 217 Millionen Euro für den Ausbau und die Erhaltung ausgegeben; vielleicht legt der Bayerische Landtag in diesem Jahr noch ein paar Euro drauf.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: 700 Millionen Euro! – Volkmar Halbleib (SPD): 700 Millionen Euro – das wissen Sie doch selbst!)

Für den Neubau von Radwegen entlang der Bundes-, Staats- und Kommunalstraßen stellen wir inzwischen rund 35 Millionen Euro jährlich zur Verfügung. 114 Millionen Euro fließen in den Personennahverkehr der Gemeinden, Landkreise und kreisfreien Städten.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Immer weniger!)

Alles in allem verbindet ein Netz von über 137.000 km Straßen – von der Gemeindestraße bis zur Bundesautobahn – und 6.000 km Schienen mit über 1.000 Bahnhöfen die Städte und Gemeinden in Bayern.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Die sind in miserablen Zustand!)

Es wird keine Region abgehängt, sondern wir sorgen dafür, dass die Verbindungen zwischen unseren Kommunen für die Menschen in unserem Land Jahr für Jahr besser werden.

(Beifall bei der CSU)

Wenn wir den Gesamtverkehrsplan Bayerns fortschreiben, dann wird unser Schwerpunkt die Erschließung der ländlichen Regionen, die Anbindung von Stadt und Land

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Das ist höchste Zeit!)

sowie die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs sein.

(Zuruf von der SPD: Wie lange regieren Sie?)

Unser Bestreben ist es, in den nächsten Jahren in enger Zusammenarbeit mit dem Bund und den Kommunen die Investitionen in alle Verkehrsträger, insbesondere in Straße und Schiene, weiter zu verstärken. Damit Mobilität für alle ermöglicht wird, ist das Programm "Bayern Barrierefrei 2023", das unser Ministerpräsident im November angekündigt hat, von besonders großer Bedeutung – alle Menschen, auch die Behinderten, sollen an Mobilität unbegrenzt teilhaben können.

(Beifall bei der CSU – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Aber nur in München und Nürnberg!)

Meine Damen und Herren, unsere Kommunen bieten gute und attraktive Lebensräume. Der Freistaat unterstützt sie dabei.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Zu wenig!)

Im vergangenen Jahr flossen zum Beispiel 152 Millionen Euro als Mittel der Städtebauförderung in die Gemeinden, mehr als drei Viertel davon in ländliche Räume.

Im Bund haben die neuen Koalitionspartner vereinbart, die Mittel für die Städtebauförderung – bei denen es in den letzten Jahren einige Kürzungen gegeben hatte – von 455 Millionen Euro nun wieder auf 700 Millionen Euro im Jahr zu erhöhen. Das ist ein gewaltiges Potenzial – auch für unsere Kommunen. Wir in Bayern werden unsere Finanzierungsmittel selbstverständlich in gleicher Weise erhöhen, damit diese Fördermöglichkeiten von den bayerischen Kommunen voll in Anspruch genommen werden können.

(Beifall bei der CSU)

Darüber hinaus – das gehört in diesem Zusammenhang dazu – fließen im Geschäftsbereich des Landwirtschaftsministeriums jährlich 60 Millionen Euro in die Dorferneue-

rung. Aktuell profitieren insgesamt 730 Kommunen in Bayern von der Städtebauförderung und weitere 700 Kommunen von der Dorferneuerung, das heißt, aktuell wird mit diesen Förderprogrammen rund die Hälfte der Kommunen in Bayern unterstützt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Leben in unseren Kommunen bedeutet natürlich auch Wohnen in der Gemeinde. Hierbei stehen vor allem unsere Ballungsräume vor großen Herausforderungen. Wohnen ist ein Grundbedürfnis der Menschen und darf kein Luxus sein. Deshalb unterstützen wir die Wohnungssuchenden. Vorbehaltlich der Zustimmung des Hohen Hauses erhöhen wir die Mittel der Wohnraumförderung in diesem Jahr um insgesamt 60 Millionen Euro. Wir wollen bis zum Jahr 2018 mindestens 25.000 Wohnungen in Bayern neu fördern.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr habt bisher zu wenig gemacht!)

Wir wollen, dass der Wohnungsbau insgesamt so in Gang kommt, dass rund 70.000 Wohnungen pro Jahr in Bayern neu gebaut werden. Besonders in den Ballungsräumen ist es eine wichtige regionale Aufgabe, abgestimmte kommunale Siedlungsstrategien zur Wohnraumversorgung zu entwickeln. Die Kommunen und die kommunal getragenen Regionalen Planungsverbände haben die besondere Verantwortung, hierfür genügend Bauland zur Verfügung zu stellen, damit überhaupt gebaut werden kann.

Lebenswerte, lebendige Städte und Gemeinden brauchen aber mehr als gute Arbeitsplätze und gute Infrastruktur. Unsere Gemeinden – das gehört zu ihren ureigenen Aufgaben – kümmern sich um Kinderbetreuung und Jugendarbeit ebenso wie um Angebote für ältere Menschen. Sie schaffen Begegnungsorte für alle Generationen.

Der Staat unterstützt die Gemeinden bei diesen elementar wichtigen Aufgaben. Zwischen 2008 und 2014 haben Bund und Freistaat 1,4 Milliarden Euro allein in neue Betreuungseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren investiert. Bis Ende dieses Jahres

wird nach den Darstellungen des Sozialministeriums für die Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr eine Versorgungsquote von 50 % erreicht werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer hätte vor einigen Jahren für möglich gehalten, dass der Freistaat Bayern in einem Kraftakt mit den Kommunen das so hinbekommt? Das ist eine großartige Entwicklung für die junge Generation und für die Eltern in unserem Land.

(Beifall bei der CSU)

Für die Kommunen ist gleichzeitig natürlich auch von großer Bedeutung, dass diese Staatsregierung und ganz wesentlich dieser Ministerpräsident mit der Kostenerstattung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund in den nächsten Jahren bis 2016 eine Entlastung der Kommunen von insgesamt rund 2,1 Milliarden Euro erreicht haben. Das schafft den Kommunen neuen finanziellen Handlungsspielraum. Natürlich müssen wir dann auch die anderen Fragen, zum Beispiel im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung, bedenken und angehen, beispielsweise die ärztliche Versorgung. Staatsministerin Melanie Huml hat dieses Thema aufgegriffen und beispielsweise die ersten Landarztstipendien ausgereicht.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wir werden dem Thema – auch das gehört zu den gleichwertigen Lebensverhältnissen –, angesichts der demografischen Entwicklung eine zuverlässige Ärzteversorgung im ganzen Land zu sichern, nicht nur in den Ballungsräumen, in den nächsten Jahren hohe Bedeutung beimessen.

(Beifall bei der CSU)

Als Innenminister liegt mir natürlich besonders am Herzen, dass unsere Bürger sicher leben können, und zwar in Stadt und Land. Bayern steht für eine gute und leistungsfähige Polizei. Wir haben bei der Verteilung der uns vom Landtag in den letzten fünf Jahren neu zur Verfügung gestellten 2.000 Polizeistellen großen Wert darauf gelegt, die flächendeckende Präsenz unserer Polizei, gerade auch durch diese zusätzlichen

Stellen, weiterhin zu gewährleisten. Die Sicherheit der Menschen in unserem Land, in der Großstadt genauso wie auf dem Dorf, ist uns wichtig. Bayern ist das sicherste Land in Deutschland, und München ist übrigens die sicherste Millionenstadt Deutschlands. Das ist nicht selbstverständlich, sondern das Ergebnis einer sehr konsequenten Innen- und Rechtspolitik im Freistaat Bayern über viele Jahre hinweg.

(Zuruf: Rot-Grün in München! – Heiterkeit bei der CSU – Erwin Huber (CSU): Das ist ein Scherz, oder?)

Unersetzlich für die Sicherheit der Menschen in unseren Kommunen sind aber auch die Feuerwehren, die freiwilligen Hilfsorganisationen, die Rettungsdienste, das Technische Hilfswerk und die sonstigen Einheiten des Katastrophenschutzes. 470.000 Frauen und Männer sind rund um die Uhr zur Stelle, wenn es darum geht, Menschenleben zu retten sowie Natur- und Sachwerte zu schützen. Von den 470.000 sind 450.000 ehrenamtlich tätig. Sie stehen für weit mehr als nur den Schutz und die Rettung in der Not; sie stehen für eine solidarische Gemeinschaft. Denken wir nur an die Bilder von den Hochwassereinsätzen im vergangenen Jahr. Nirgends engagieren sich mehr Menschen ehrenamtlich als in Bayern. Ich danke allen Helferinnen und Helfern sehr herzlich, die Tag und Nacht verlässlich und zuverlässig für andere im Einsatz sind. Vielen herzlichen Dank für dieses großartige Engagement in unseren Kommunen!

(Allgemeiner Beifall – Volkmar Halbleib (SPD): Bei solchen fundamentalen Aussagen müssen sogar wir klatschen!)

Den Gemeinden danke ich an dieser Stelle für die großen Investitionen in Fahrzeuge, Geräte und Gerätehäuser unserer Feuerwehren. Der Freistaat hat sie hierbei in den letzten zehn Jahren mit immerhin 325 Millionen Euro Fördermitteln unterstützt.

Schließlich sind unsere Kommunen auch die Basis für das kulturelle Leben in unserem Land. Ich denke an Baudenkmäler, an kommunale Museen, an die Musik- und Brauchtumspflege. Bayern lebt den Kulturstaat. Mit dem Kulturfonds Bayern, mit der Förderung nichtstaatlicher Theater und Orchester oder der Förderung der Musikpflege

investiert das Kultusministerium Millionen Euro in das Kulturleben unserer Gemeinden. Zugleich investiert es – das hat finanziell eine ganz andere Dimension – Milliarden Euro in Bildung und Ausbildung der jungen Generation, in wohnortnahe Schulen – das garantieren wir den Kommunen auch in den nächsten Jahren – und ständig wachsende Hochschulen in allen Regionen Bayerns.

Wenn wir in die Zukunft schauen und uns überlegen, was die Schwerpunkte der nächsten Jahre sind, dann gilt für unsere Kommunen zunächst einmal, dass sie ihre Verantwortung selbstbewusst wahrnehmen. Das ist gut so. Wir wollen starke Kommunen. Deshalb setzt die Staatsregierung auf die kommunale Selbstverwaltung. Wir wollen sie in den nächsten Jahren in fünf Punkten stärken und ausbauen:

Erstens. Der Freistaat ist ein verlässlicher Partner der Kommunen. Der kommunale Finanzausgleich ist 2014 auf die Rekordsumme von über 8 Milliarden Euro gestiegen. 2008 waren es noch 6,6 Milliarden Euro.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Viel zu wenig damals!)

Das ist ein Wachstum um über 1,4 Milliarden Euro in dieser Kommunalwahlperiode. Damit die staatlichen Hilfen noch zielgenauer dorthin fließen, wo sie gebraucht werden, werden wir in Zusammenarbeit mit den Kommunen vor allem die Struktur der Schlüsselzuweisungen reformieren.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das wird nicht helfen!)

Das Geld muss noch zielgerichteter dorthin kommen, wo die Kommunen den größten Bedarf haben.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Wir schützen die kommunale Selbstverwaltung gegen unsinnige Eingriffe der Europäischen Union. Die Staatsregierung und der Landtag – dazu gab es immer breites Einvernehmen – setzen sich im Schulterschluss mit den Kommunen dafür ein,

dass zum Beispiel unsere Daseinsvorsorge gegen unnötige oder unzulässige Reglementierungen durch die EU verteidigt wird. Dass dieser Einsatz Früchte trägt, hat der Kampf um den Erhalt der kommunalen Trinkwasserversorgung gezeigt.

(Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben gemeinsam erreicht, dass die Wasserversorgung aus dem Anwendungsbereich der Konzessionsvergaberichtlinie herausgenommen wurde.

(Beifall bei der CSU)

Ganz strikt werden wir auch darauf achten, dass es durch das derzeit verhandelte transatlantische Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA nicht zu einer Aushöhlung der kommunalen Verantwortung kommt.

(Beifall bei der CSU)

Drittens. Wir wollen mehr Aufgaben vor Ort in kommunaler Verantwortung erledigen lassen, natürlich gemäß dem Konnexitätsprinzip mit finanziellem Ausgleich durch den Staat. Die Kommunen können das, sie sind näher am Bürger, sie sind die ersten Ansprechpartner in vielen Lebenslagen. Bayern soll noch kommunaler werden. Dazu können wir auch staatliche Aufgaben auf die Kommunen übertragen.

(Widerspruch bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Viertens. Auch wenn manche Kommunen heute weniger Einwohner haben und manche Aufgaben anspruchsvoller werden, wird es definitiv keine neue kommunale Gebietsreform geben. Stattdessen setzen wir auf mehr kommunale Zusammenarbeit. Gemeinsam geht vieles besser und kostengünstiger. Hier hilft der Freistaat. Wir werden das Förderprogramm zur kommunalen Zusammenarbeit deutlich erweitern, um Kommunen zu unterstützen und zu ermuntern, auf mehr kommunale Zusammenarbeit zu setzen. Das ist der Weg der Zukunft, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Fünftens und Letztens. Wenn wir in dieser Legislaturperiode der Deregulierung einen hohen Stellenwert einräumen, dann ist es konsequent, dort zu beginnen, wo die Selbstverwaltung tief verwurzelt ist: bei den Kommunen. Wir wollen den Kommunen mehr Freiheiten bei der Aufgabenerfüllung geben. Unser Ziel ist: mehr Selbstverwaltung und weniger Normen. Deshalb machen wir den Kommunen über die Paragrafenbremse hinaus das Angebot, dass alle Verordnungen und Richtlinien, die sie für überflüssig oder zu eng halten, auf den Prüfstand gestellt und gegebenenfalls vereinfacht oder ganz abgeschafft werden. Vor allen Dingen müssen wir darauf achten, weniger neue Vorschriften zu erlassen; es muss nicht jedes Mal, wenn in Bayern ein Problem drei- oder viermal auftaucht, gleich ein neuer Runderlass von München aus an alle Kommunen gehen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wie oft haben Sie das hier schon erzählt?)

Wir müssen uns selbst ein Stück weit mehr beschränken, das ist richtig. Wir setzen auf kommunale Selbstverwaltung.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Der 10-H-Erlass ist gleich gekommen!)

in der Tat liegt viel Arbeit vor uns: für die Staatsregierung, für den Landtag und für die Kommunen. Im Namen der gesamten Staatsregierung wünsche ich allen kommunalen Mandatsträgern, die am 1. Mai ihr Amt antreten, schon heute viel Glück und Erfolg. Wir bieten ihnen eine intensive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen Behörden des Freistaats zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger an. Ich rufe alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger auf: Machen Sie am 16. März von Ihrem Wahlrecht Gebrauch! Stärken Sie die Kommunen; denn die Kommunen sind die demokratische Basis unseres Landes.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben es selbst in der Hand, die Zukunft und die Entwicklung Ihrer Kommune zu gestalten.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns gemeinsam arbeiten für starke Kommunen in einem starken Bayern mit einer starken Zukunft.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU und der Staatsregierung)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. Ich darf darauf hinweisen, dass im Ältestenrat einmal vereinbart wurde, dass von der Regierungsbank aus kein Beifall zu klatschen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache. Im Einvernehmen mit den Fraktionen wurde hierzu eine Redezeit von 30 Minuten vereinbart. Das Wort hat Herr Kollege Dr. Wengert.

**Dr. Paul Wengert (SPD):** Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Herr Staatsminister Herrmann, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Beifall stand in einem reziproken Verhältnis zur Inhaltsschwere der Rede, die wir gerade gehört haben.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): Das kommt bei der CSU öfter vor! – Thomas Kreuzer (CSU): Da müssten Sie noch viel mehr Beifall bekommen, Herr Kollege Wengert!)

- Ich warte gerne auf Ihren Beifall, Herr Kollege Kreuzer.

Lieber Herr Kollege Herrmann, Sie haben eine Bilanz zur derzeitigen Lage unserer Kommunen gezogen und im Blick zurück auf manche positive Veränderung hingewiesen. Sie sind aber leider nicht über eine Zustandsbeschreibung hinausgekommen und

haben dabei vieles ausgeblendet, was eben auch Fakt ist. Ich sehe es als meine originäre Aufgabe als Sprecher der Opposition an, die andere Seite der Medaille vorzustellen, von der Sie uns gerade nur die glänzende Seite gezeigt haben.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das bedeutet natürlich nicht, dass ich irgendetwas schlechtreden will, sondern das bedeutet, dass ich darauf hinweisen möchte, wo es den Kommunen schlecht geht,

(Beifall bei der SPD)

wo es um die Kommunen schlecht bestellt ist und wo dringender Handlungsbedarf besteht. Dies sollte eigentlich im Sinne von uns allen sein. Es geht darum, die Kommunen zu stärken. Wir sind der Anwalt der Kommunen. Deswegen machen wir als SPD-Fraktion deren Ansprüche geltend.

(Beifall bei der SPD)

Ein guter Hausvater und eine gute Hausmutter lieben alle Kinder, aber besonders diejenigen, die in besonderer Weise ihrer Hilfe bedürfen. Von diesen Kindern war in Ihrer Regierungserklärung leider nicht die Rede. Ebenso habe ich in Ihrer Erklärung kreative Ideen, Perspektiven und Visionen des Kommunalministers für die Zukunft unserer Städte, Gemeinde und Landkreise vermisst.

Natürlich gilt auch unser Dank allen Kolleginnen und Kollegen, die draußen im Land ehren- und hauptamtlich Verantwortung für unsere Kommunen tragen, oft genug von Sorgen geplagt werden und mit größtmöglichem Einsatz, ihrer ganzen Kreativität und Fantasie, mit Tatkraft und Energie jeden Tag aufs Neue dafür sorgen, dass sich die Mitbürgerinnen und Mitbürger in ihrem Ort wohlfühlen,

(Beifall bei der SPD)

die auch oft genug unberechtigter Kritik und Anfeindungen ausgesetzt sind, weil sie eben zu Recht dafür stehen, dass die Summe der Einzelinteressen noch lange nicht das Gemeinwohl ausmacht.

(Beifall bei der SPD)

Ich bedanke mich selbstverständlich auch bei allen Ehrenamtlichen, die den Sauerteig in unseren Kommunen bilden: im Brand- und Katastrophenschutz, in der Lebensrettung, in der Betreuung, in Hospizvereinen. Als Vizepräsident des Bayerischen Roten Kreuzes weiß ich, wovon ich rede und wie wichtig das Ehrenamt in unserem Land ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gemäß Artikel 11 Absatz 4 der Bayerischen Verfassung dient die Selbstverwaltung der Gemeinden dem Aufbau der Demokratie von unten nach oben. Das mag der eine oder andere fälschlicherweise als Hinweis auf die hierarchische Unterordnung der Gemeinden im Staatsaufbau verstehen. Es heißt aber "Aufbau der Demokratie" und nicht des Staates. Der Herr Ministerpräsident hat in der Kabinettsitzung am 13. Januar dankenswerterweise erklärt, dass es der Staatsregierung wichtig sei, den Kreisen, Städten und Gemeinden stets als Partner auf Augenhöhe zu begegnen. Herr Ministerpräsident, ich habe mich spontan gefragt: Ja wie denn bitte sonst? Als Gemeinde- und Kreisrat, als Bürgermeister und Oberbürgermeister und langjähriges Mitglied des Vorstandes des Bayerischen Städtetages hat sich mir dieser Eindruck – vorsichtig ausgedrückt – jedenfalls nicht gerade aufgedrängt.

Dabei stehen unsere Kommunen vor gewaltigen Herausforderungen, etwa Herausforderungen des demografischen Wandels, der Sicherung der örtlichen Versorgung, der Daseinsvorsorge und der Energiewende, bei der Ihnen, Herr Staatsminister, Ihr Ministerpräsident mit seiner windigen 10-H-Formel dicke Prügel zwischen die Beine geworfen hat,

(Thomas Kreuzer (CSU): Sie wollen Windräder gegen die Bevölkerung!)

übrigens ohne vorher mit den Kommunen zu reden, die die Repräsentanten der Bürgerinnen und Bürger sind. Herr Kollege Kreuzer, nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

(Beifall bei der SPD – Thomas Kreuzer (CSU): Sie wollen Windräder gegen die Menschen!)

So viel zur Augenhöhe und der von Ihnen neuerdings beschworenen Koalition mit den Bürgerinnen und Bürgern. Erst in einigen Jahren wird man das ganze Ausmaß des Desasters sehen, das damit angerichtet wurde.

Artikel 11 Absatz 4 sagt nicht weniger, als dass die Gemeinden das Fundament unserer Demokratie sind. Dieses Fundament ist aber brüchig geworden; es hat tiefe Risse bekommen. Im wörtlichen Sinn zeigt sich dies vielerorts am Verfall der kommunalen Infrastruktur. Nach Berechnungen der KfW hat sich bei den deutschen Kommunen ein Investitionsrückstau von rund 130 Milliarden Euro mit Schwerpunkt im Bereich Straßen- und Verkehrsinfrastruktur aufgebaut, leider eben auch in Bayern. Das Deutsche Institut für Urbanistik kommt, ab 2006 bis 2020 gerechnet, zu einem Investitionsbedarf von über 700 Milliarden Euro. Sagen Sie jetzt bitte nicht: Dies gilt nur für den Rest der Welt, aber nicht für Bayern. Das wäre eine fatale Fehleinschätzung. Auch in Bayern wurde über viele Jahre zu oft nur geflickt und improvisiert, weil für grundlegende Sanierungen kein Geld vorhanden war und ist. Kein früherer Bürgermeister oder Landrat unter Ihnen wird dies leugnen.

Längst werden die Defizite in unserer kommunalen Infrastruktur nicht mehr nur als Belastung für die Wirtschaft wahrgenommen, sondern auch von den Bürgerinnen und Bürgern als Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität empfunden. Dass es in anderen Ländern schlechter ist, Herr Staatsminister, wird diese Bürgerinnen und Bürger kaum trösten. Die von Ihnen genannte Investitionsquote von knapp 22 % ist ein Durchschnittswert. Wenn der eine bei 10 Grad minus friert, hilft es ihm nichts, wenn ein paar hundert Kilometer entfernt der andere bei 30 Grad in der Sonne liegt und der Meteoro-

loge ihm unter Hinweis auf die Durchschnittstemperatur von 10 Grad plus sagt, er solle sich bitte nicht so anstellen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Ein unsinniger Vergleich!)

Die Forderung etwa des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, den Solidaritätszuschlag zu einem Investitionsfonds für alle benachteiligten Städte und Gemeinden weiterzuentwickeln, kommt nicht von ungefähr.

Aber nicht nur der gewaltige Investitionsstau im kommunalen Bereich – schätzungsweise acht bis zehn Milliarden Euro in Bayern – sollte zu weiteren Anstrengungen motivieren, sondern auch die teilweise sehr hohe Verschuldung unserer Kommunen; die Landkreise beziehe ich insoweit ausdrücklich ein.

(Beifall bei der SPD)

Es hilft den Betroffenen wirklich nicht weiter, Herr Staatsminister, wenn Bayern im Durchschnitt die zweitniedrigste Pro-Kopf-Verschuldung aller westlichen Flächenländer aufweist. Rechnen Sie einmal die Landeshauptstadt München und die Speckgürtelgemeinden in Bayern heraus oder nehmen Sie den Durchschnitt von Unterfranken oder Oberfranken; dann kommen völlig andere Zahlen heraus.

Derzeit investieren die Kommunen nicht einmal 50 % der Summe, die sie für soziale Leistungen – im Jahr 2013 waren das rund 46 Milliarden Euro – aufwenden müssen. Angesichts der Tatsache, dass zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen von den Kommunen getätigt werden, ist das durchaus besorgniserregend. Nur aufgrund der Konjunkturpakete konnten die kommunalen Investitionen von 2009 bis 2011 gegenüber den Vorjahren deutlich erhöht werden. Mit dem Auslaufen dieser Programme setzte sofort wieder ein gegenläufiger Trend ein. "Die kommunalen Investitionen, ein wichtiger Impulsgeber für die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland, kommen nach wie vor nicht richtig in Tritt", so der Deutsche Städte- und Gemeindebund in seiner letzten Jahresbilanz.

Ein Hoffnungsschimmer ist das Bekenntnis der Großen Koalition zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit und der eigenverantwortlichen Aufgabenwahrnehmung der Kommunen.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Trotz der SPD!)

All das, was in den Koalitionsvertrag zugunsten der Kommunen aufgenommen worden ist – ich verweise auf das Bundesteilhabegesetz sowie die von unserem Landesvorsitzenden Florian Pronold maßgeblich ausverhandelte Erhöhung der Bundesmittel für Städtebauförderung von 100 Millionen Euro auf 700 Millionen Euro jährlich; ich wiederhole: von 100 Millionen Euro auf 700 Millionen Euro –,

(Beifall bei der SPD)

trägt dazu bei, dass unsere Kommunen Handlungsspielräume zurückerhalten, um ihren Aufgaben endlich wieder selbstbestimmt und selbstbewusst nachgehen zu können. Der Bund setzt deutliche Signale gegenüber den Kommunen. Deshalb sollten auch in Bayern in einem angemessenen Zeitraum deutliche Verbesserungen für die Kommunen erreicht werden.

Eine bessere Finanzausstattung der Kommunen ist Dreh- und Angelpunkt, wenn es um die nachhaltige Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung in Bayern geht; Gemeinden, Landkreise und Bezirke brauchen mehr finanziellen Gestaltungsspielraum; viele Kommunen müssen ihn erst zurückgewinnen. Der durch Volksentscheid vom 15.09.2013 in die Verfassung eingefügte Passus "Der Staat gewährleistet den Gemeinden im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit eine angemessene Finanzausstattung", darf nicht nur ein schöner Programmsatz bleiben, sondern muss in die Praxis umgesetzt werden. Wenn Bayern stark bleiben soll, dann müssen auch unsere Kommunen gestärkt werden.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion sieht vorrangigen Handlungsbedarf zur Sicherung zweier Grundvoraussetzungen für starke Kommunen in Folgendem: Die bewährte kommunale Daseinsvorsorge darf nicht angetastet werden. Gefährdungen durch die einseitige Liberalisierungspolitik der gegenwärtigen EU-Kommission können und müssen parteiübergreifend und im Schulterschluss mit den Bürgerinnen und Bürgern abgewehrt werden. Das Beispiel Trinkwasser hat bewiesen, dass wir das schaffen können.

Allerdings schmücken Sie sich hier mit fremden Federn, Herr Staatsminister. Erreicht haben dies Millionen engagierte Bürger, die mittels der neuen Europäischen Bürgerinitiative eine breite Protestfront aufgebaut haben.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

- Herr Kollege Winter, unterstützt wurden sie dabei im Deutschen Bundestag von den damaligen Oppositionsparteien, nicht von CDU und CSU.

(Beifall bei der SPD)

CDU und CSU haben entsprechende Oppositionsanträge abgelehnt, weil die FDP unter Wirtschaftsminister Rösler sie am Nasenring herumführte.

(Zustimmung bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Tatsächlich hat die schwarz-gelbe Bundesregierung in der entscheidenden EU-Ministerratssitzung im Dezember 2012 keinen Finger gerührt, um das zu tun, was die CSU vor heimischem Publikum im Verein mit SPD, GRÜNEN und FREIEN WÄHLERN gefordert hatte.

(Zustimmung bei der SPD)

Um in den aktuellen Verhandlungen zwischen der EU und den USA über ein Freihandelsabkommen sicherzustellen, dass die Daseinsvorsorge nicht unter die Räder kommt, sondern vollumfänglich – wie bewährt – in öffentlicher Hand bleibt, müssen Bundesregierung und Staatsregierung aktiv werden. Es gilt, die Aufgaben der kommu-

nen Daseinsvorsorge in Deutschland schnellstmöglich präzise zu definieren und diese Definition gegenüber der EU-Kommission geltend zu machen. Genau das hat der Vertreter der EU in seinem Vortrag im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen am 4. Februar verdeutlicht. Mit Genugtuung darf ich feststellen, dass es die SPD-Fraktion ist, die das Freihandelsabkommen seit November letzten Jahres zu einem Thema im Bayerischen Landtag macht.

(Beifall bei der SPD)

Wir mussten uns aber von Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen der CSU, zunächst "Panikmache" und "Alarmismus" vorwerfen lassen. Der Vertreter des Wirtschaftsministeriums versuchte, unsere Bedenken abzuwehren. Diese Einstellung hat sich zum Glück relativ rasch geändert und ist einer durchaus kritischen Betrachtung der Verhandlungen gewichen, was auch aus dem von uns initiierten und schließlich einstimmig geforderten Bericht der Staatsregierung deutlich hervorgeht ebenso wie aus dem Ergebnis der Befassung des Kabinetts in seiner Sitzung vom Dienstag. Allerdings vermischen wir eine klare Absage an das geplante Schiedsgerichtsverfahren. Herr Minister, das, was Sie heute dazu gesagt haben, klang ganz anders als das, was wir von Ihren Fraktionskollegen in der Ausschussberatung dazu hören mussten.

Die zweite Säule für starke Kommunen in Bayern ist die dauerhafte, nachhaltige Stärkung ihrer Finanzlage, um die kommunale Selbstverwaltung funktionsfähig zu erhalten und damit ein starkes Stück Demokratie in Bayern zu bewahren.

(Beifall bei der SPD)

Das bedeutet im Einzelnen: Der kommunale Anteil am allgemeinen Steuerverbund muss stufenweise von aktuell 12,75 % auf 15 % erhöht werden. Wir brauchen mehr frei verfügbare Mittel für die Kommunen; denn dort weiß man am besten, wofür das Geld einzusetzen ist. Daher sind wir für eine deutliche Erhöhung der Schlüsselzuweisungen im Verhältnis zur Gesamtsumme des Finanzausgleichs.

Der kommunale Anteil am Kfz-Steuerersatzverbund muss schrittweise auf 65 % - dieser Anteil galt bis 2002 – erhöht werden. Angesichts des deutlichen Anstiegs des Grunderwerbsteueraufkommens ist der Kommunalanteil daran angemessen zu erhöhen. Die Erstattungsquote bei der Schülerbeförderung ist nicht zuletzt wegen des gestiegenen Aufwands der Kommunen angemessen anzuheben.

(Beifall bei der SPD)

Gemeinden mit erheblichem Investitionsstau müssen mit einem Investitionsförderprogramm wieder in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben aktiv und nachhaltig wahrzunehmen. Es kann doch nicht sein, dass Städte mit 13.000 oder 14.000 Einwohnern Investitionen von 100 Millionen Euro vor sich herschieben, ohne auch nur die entfernteste Aussicht darauf zu haben, diese jemals tätigen zu können. Wir brauchen daher für die nächsten zehn Jahre ein Infrastrukturförderprogramm in einer Größenordnung von 300 bis 400 Millionen Euro jährlich, um damit die Kommunen in die Lage zu versetzen, dringend notwendige Investitionen vor allem zum Substanzerhalt zu tätigen. Zudem stärken kommunale Investitionen den heimischen Mittelstand, sichern bestehende und schaffen neue Arbeitsplätze – oft vor Ort.

(Beifall bei der SPD)

Parallel zum staatlichen Schuldenabbau sind überschuldeten und strukturschwachen Kommunen durch die Einrichtung eines kommunalen Entschuldungsfonds in einer Größenordnung von mindestens 100 Millionen Euro jährlich Wege aus der Verschuldung zu eröffnen. Es kann nicht angehen, dass sich der Staat selbst entschuldet, viele seiner Kommunen aber am ausgestreckten Arm verhungern lässt. Diesen Kommunen wiederum hilft Ihr Hinweis, Herr Kollege Herrmann, auf den Rückgang des Schuldenstandes um 1,4 Milliarden Euro von 2008 zu 2012 nicht wirklich weiter.

(Beifall des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ganz abgesehen davon, ist diese Zahl sehr trügerisch; denn von diesem Schuldentrückgang entfällt allein rund 1 Milliarde Euro auf die Landeshauptstadt München.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Ich wäre gern bereit, mich über jede schuldenfreie Gemeinde mit Ihnen zu freuen, wenn ich wüsste, dass dort auch die Infrastruktur in Ordnung ist und Schulden nicht in Schattenhaushalte verschoben wurden. Dazu habe ich von Ihnen leider nichts gehört.

Kommen Sie mir jetzt bloß nicht mit dem wohlfeilen Satz, die Opposition tue sich leicht im Fordern. Nein, wir tun uns damit nicht leicht; denn wir sind uns unserer Verantwortung für dieses Land mindestens genauso bewusst wie Sie.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen aber, was uns unsere Kommunen wert sind und wert sein müssen, wenn wir nicht eine Aushöhlung der Demokratie riskieren wollen, weil sich die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, wenn sie nicht in einer begüterten Gemeinde zu Hause sind, verlassen fühlen, obwohl sie wie alle anderen ihre Steuern entrichten, aber dafür in die Röhre schauen.

Ihre Bemerkung, Herr Kollege Herrmann, in jedem Ort Bayerns gebe es Zukunftsperspektiven, gerade für die junge Generation, wird ein Wunsch bleiben, wenn Sie nicht wirklich aktiv werden und unsere Forderungen aufnehmen. Bayern kann sich das für die Kommunen Notwendige auch leisten. Nehmen Sie endlich die Steuern ein, die dem bayerischen Volk rechtmäßig zustehen,

(Beifall bei der SPD)

veruntreuen Sie nicht länger das Geld der Bürgerinnen und Bürger Bayerns durch unterlassenen Steuervollzug. Allein damit könnten wir einen Großteil der von mir genannten Maßnahmen finanzieren. Beweisen Sie Solidarität mit dem Teil der Kommunen, der dringend darauf angewiesen ist, reduzieren Sie die Geschwindigkeit des

staatlichen Schuldenabbaus etwas zugunsten des Schuldenabbaus unserer Kommunen, helfen Sie den Kommunen beim Schuldenabbau!

Noch eine Bemerkung zur Rekordsumme des kommunalen Finanzausgleichs im Jahr 2014: Vergleichen Sie doch bitte nicht nur die Zahlungen des Jahres 2003 mit den Zahlungen des Jahres 2008, sondern auch die Steigerung der Steuereinnahmen in dieser Zeit. Dank dieser Steigerungen sind die Kommunen entsprechend zu beteiligen. Tun Sie doch bitte nicht so, als wäre das ein großes Entgegenkommen des Freistaats, was in Wirklichkeit nur eine gesetzlich verankerte Folge des erhöhten Steueraufkommens ist.

(Beifall bei der SPD)

Zwar heißt es "Zum Golde drängt, am Golde hängt doch alles", dennoch macht Geld allein bekanntermaßen nicht glücklich. Wir halten weitere Maßnahmen über die Finanzen hinaus für erforderlich, um den Kommunen angesichts der aktuellen Herausforderungen zu helfen. Dazu gehören in der Energiepolitik, Herr Ministerpräsident, endlich die Erstellung eines Masterplans mit verlässlichen Rahmenbedingungen für die künftige Energieversorgung Bayerns, der von Ihnen nicht alle paar Wochen umgemodelt werden sollte, sowie die konstruktive Förderung regionaler Energiekonzepte. Da die Windkraft das größte Potenzial zur Umsetzung der Energiewende in Bayern hat, darf ihre bestmögliche Nutzung nicht weiter be- oder gar verhindert werden. Vielmehr muss es den Kommunen und Regionalen Planungsverbänden möglich sein, lokale Windkraftkonzepte zu verwirklichen. Sie haben mit Ihrer Politik in Bezug auf die Windkraft ein beispielloses Chaos in unserem Land angerichtet, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Sie haben all diejenigen, die mit größtem Eifer und mit ihrem privaten Geld dargegangen sind, das von Ihnen selbst propagierte Ziel von 1.500 Windrädern in Bayern zu erreichen, vor den Kopf gestoßen. Die Verhinderung der Genehmigung von geneh-

migungsfähigen Projekten im Hinblick auf ein Gesetz, das es noch gar nicht gibt, ist rechtswidrig, willkürlich und wird Ihnen noch böse auf die Füße fallen.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht ist das auch der Grund dafür, dass der Innenminister zur Energiewende und in der Beziehung zu den Kommunen sprachlos geblieben ist und hier beredtes Schweigen an den Tag gelegt hat. Nicht ein einziges Wort haben wir zu diesem Thema gehört.

(Beifall bei der SPD)

In der Bildungspolitik brauchen wir ein stärkeres Engagement des Freistaats für den Erhalt wohnortnaher Schulen, die Errichtung von Gemeinschaftsschulen, die wirkliche Förderung von gebundenen Ganztagschulen, die Streichung des Eigenanteils der Kommunen und mehr Schulsozialarbeiter. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Lehrer.

(Beifall bei der SPD)

In der Familienpolitik ist eine Ausweitung der staatlichen Fördermittel für eine qualitativ hochwertige und bedarfsdeckende Infrastruktur für Kinder, Bildung und Betreuung unerlässlich. Nicht noch mehr Transferleistungen, sondern Anerkennung und Wertschätzung der Menschen mit Kindern und bedarfsgerechte Betreuung werden die Lust auf die Familie stärken.

In der Politik für behinderte Menschen ist ein wesentlich größeres Engagement, eine wesentlich größere staatliche Unterstützung bei der Umsetzung der Inklusion bei klarer Beachtung des Konnexitätsprinzips inklusive eines Sonderinvestitionsprogramms für bauliche Veränderungen zwingend erforderlich. Ob das Programm "Bayern Barrierefrei 2023" für die Mobilität wirklich von großer Bedeutung ist oder wird, wie Sie, Herr Ministerpräsident, in Ihrer Regierungserklärung gesagt haben, muss erst noch bewiesen werden. Noch scheint es Ihr Geheimnis zu sein, was sich hinter diesem Pro-

gramm verbirgt. Nichts Genaues weiß man jedenfalls nicht. Bis jetzt ist es eine reine Ankündigungspolitik.

In der Wohnungsbaupolitik brauchen wir mehr Unterstützung bei der Versorgung der Bürger mit Wohnraum. Leider haben Sie alle unsere Anträge dazu – insbesondere zur Förderung des Genossenschaftsgedankens - abgelehnt. Dabei hat gerade dieser in der größten Wohnungsnot nach den Weltkriegen beste Ergebnisse erzielt. In der Verkehrspolitik sind zusätzliche Fördermaßnahmen zur Verbesserung der Mobilität, insbesondere beim ÖPNV und SPNV unumgänglich, und darin sind wir uns zwischenzeitlich offensichtlich einig.

Bei der Infrastrukturpolitik brauchen wir nicht nur eine flächendeckende Förderung des Breitbandausbaus durch höheren Mitteleinsatz, sondern endlich eine von Ihnen, Herr Kollege Herrmann, angesagte deutliche Vereinfachung des sonderbaren bayerischen Genehmigungsverfahrens. Von gleichwertigen Lebensverhältnissen in einem digitalen Bayern sind wir aufgrund der massiven Versäumnisse der CSU-Staatsregierung in der vorletzten Wahlperiode jedenfalls noch meilenweit entfernt.

(Beifall bei der SPD)

In der Gesundheitspolitik sind wirksame Maßnahmen zur Sicherung einer flächendeckenden haus- und notärztlichen Versorgung sowie einer wohnortnahen Krankenhausversorgung dringend erforderlich. Bei der Krankenhausversorgung muss der kommunale Anteil entfallen.

In der Verwaltung müssen Überregulierungen – auch dazu hätte ich gerne das eine oder andere gehört –, insbesondere im Genehmigungs- und Zuschussverfahren endlich beseitigt werden; denn sie erschweren den Kommunen den täglichen Aufgabenvollzug in völlig überflüssiger Weise.

(Beifall bei der SPD)

All das muss jetzt beherzt angepackt werden. In der Tat, lieber Kollege Herrmann, es liegt viel Arbeit vor uns. Sie werden uns dabei an Ihrer Seite sehen, wenn Sie das Richtige tun. Denn wir sind der Überzeugung: Unsere Kommunen zu stärken, heißt Bayern stärken und unsere Zukunft sichern.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Herold für die CSU-Fraktion.

**Hans Herold (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geschätzter Kollege Dr. Paul Wengert, wenn man Sie so reden hört, könnte man meinen, Sie leben irgendwo auf der Welt, aber nicht in Bayern. Ich muss das einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Das ging uns beim Innenminister so! Er hat das Paradies geschildert!)

Ich sage auch sehr deutlich: Die Anwälte der bayerischen Kommunen waren schon immer die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Landtagsfraktion, und sie werden es auch in der Zukunft sein.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind gewohnt, dass vonseiten der SPD immer alles schlechtgeredet wird. Das ist auch der Grund dafür, dass Ihre bayerische SPD nicht auf die Beine kommt; ich möchte auch das einmal deutlich sagen. Die Menschen in Bayern haben es langsam satt, dass immer wieder alles schlechtgeredet wird.

(Beifall bei der CSU)

Deutlich möchte ich auch sagen: Die große Mehrzahl unserer Bürgerinnen und Bürger ist stolz auf ihren Freistaat Bayern. Es muss auch Gründe dafür geben, dass der Zuzug nach Bayern anhält. Es muss Gründe haben, dass bei der von unserem Kom-

munalminister Herrmann erwähnten repräsentativen Umfrage des Bayerischen Rundfunks weit über 95 % der Menschen angegeben haben, gerne in Bayern zu leben. Insbesondere gilt das für die jungen Menschen, weil sie genau wissen, dass sie bei uns in Bayern die besten Chancen haben. Der entscheidende Grund dafür, dass wir ein starkes Bayern haben, liegt darin, dass wir starke Kommunen haben und dass wir, wenn wir so weiterarbeiten, auch weiterhin eine starke Zukunft zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger vor uns sehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, als ehemaliger Bürgermeister weiß ich sehr wohl, dass die Städte und Gemeinden das Rückgrat unseres Gemeinwohls sind. Ich möchte die Aussagen von unserem Kommunalminister Joachim Herrmann wiederholen: Wir brauchen auch weiterhin die kommunale Selbstverwaltung. Die wichtigen Entscheidungen müssen vor Ort, von unten, getroffen werden. Das sind die wichtigen Entscheidungen des täglichen Lebens. Aus diesem Grund müssen wir auch weiterhin die kommunale Selbstverwaltung stärken.

Wir haben auch deswegen starke Kommunen, weil es immer wieder Menschen gibt, die bereit sind, sich ehrenamtlich zu engagieren. Sie sind bereit, Verantwortung im Ehrenamt zu übernehmen. Deswegen auch von meiner Seite ein ganz herzliches Dankeschön an die vielen Bürgerinnen und Bürger des Freistaates Bayern, die sich mit großartigem Einsatz persönlich für das Ehrenamt einbringen. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU)

Sie kennen alle das gute Sprichwort: Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist alles nichts. Bis zum Jahr 2008 war ich ehrenamtlicher Bürgermeister einer Gemeinde in Mittelfranken. Seit dem Jahr 2008 bis heute hat sich die Finanzausstattung der bayerischen Kommunen enorm verbessert. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, würden Sie auf Ihren Genossen Wowereit in Berlin einwirken, kämen wir auch mit dem Länderfinanzausgleich weiter. Dann könnten wir unseren Kommunen – Stichwort Berliner Flughafen – noch mehr Geld geben.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte auch noch die Aussage von Staatsminister Dr. Söder erwähnen: Eine solide Finanzausstattung unserer Kommunen ist und bleibt ein Markenzeichen bayerischer Finanzpolitik. In diesem Zusammenhang ist logischerweise auch der kommunale Finanzausgleich wichtig. Wir haben im Jahr 2013 mit 7,5 Milliarden Euro den höchsten Finanzausgleich aller Zeiten beschlossen. Dafür bin ich unserem Ministerpräsidenten Seehofer, unserem Kommunalminister Herrmann, unserem Finanzminister Dr. Söder, beiden Haushaltsausschussvorsitzenden – die Kollegen Winter – und insbesondere unseren kommunalen Spitzenverbänden, die einstimmig zugestimmt haben, sehr dankbar.

Ich möchte eine wichtige Aussage der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2013 nicht auslassen. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen auf der linken Seite, zuzuhören. Die Bertelsmann Stiftung hat im Jahr 2013 Folgendes – ich zitiere – veröffentlicht: "Die Finanzlage der bayerischen Städte, Gemeinden und Landkreise ist so gut wie in kaum einem anderen Bundesland." Die Bertelsmann Stiftung beschreibt die Finanzlage der bayerischen Städte mit einer geringen Pro-Kopf-Verschuldung und einem gesunden Verhältnis zwischen Vermögen und Schulden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist die Wahrheit.

Jeder vierte Euro, den der Freistaat Bayern ausgibt, geht an unsere Kommunen. Als Vertreter des ländlichen Raumes bin ich dafür sehr dankbar.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Herr Aiwanger, dafür bin ich sehr dankbar. Seitens der Staatsregierung wird eine sehr gute Strukturpolitik gemacht. Für den Raum Mittelfranken ist es ganz besonders wichtig – das hat Herr Staatsminister Herrmann bereits erwähnt –, dass das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung nach Fürth und die Höhenvermessung Bayern in ein ländliches Vermessungsamt verlagert werden. Das ist für die Strukturpolitik im Freistaat Bayern ein ganz wichtiger Punkt.

Ich möchte auf den Finanzausgleich im Jahr 2014 eingehen, der die Rekordmarke von über 8 Milliarden Euro knacken wird. Die Finanzausgleichsleistungen im Jahr 2014 sollen mit 8,04 Milliarden Euro bei einem Zuwachs von 2,8 % erstmals die Acht-Milliarden-Euro-Grenze überschreiten. Die einstimmige Zustimmung unserer kommunalen Spitzenverbände ist eine wichtige Botschaft. Als Mitglied des Kreistages bin ich ebenfalls sehr dankbar dafür, dass die Schlüsselzuweisungen auf insgesamt 2,95 Milliarden Euro gestiegen sind. Das ist ein ganz entscheidender Punkt für unsere Kommunen vor Ort. Das stärkt die kommunalen Verwaltungshaushalte und erhöht die Investitionsfähigkeit unserer Kommunen massiv. Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade für unseren ländlichen Raum sage ich: Die Mittel für Straßenbau und Unterhalt werden ebenfalls massiv erhöht auf insgesamt 299 Millionen Euro. Das ist gerade draußen für den ländlichen Raum eine wichtige Botschaft. Ich begrüße außerdem sehr, dass die Mittel für die Förderung des kommunalen Hochbaus entsprechend erhöht werden.

Meine Damen und Herren, immer wieder wird die Schülerbeförderung angesprochen. Ich bin sehr dankbar, dass die Zuweisungen für die Schülerbeförderung um 7 Millionen Euro auf insgesamt 312 Millionen Euro steigen. Somit können wir die Ausgleichsquote von 60 % erhalten. Das ist eine wichtige Botschaft.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eben habe ich erwähnt, dass ich Mitglied des Kreistages bin. Erst vor einiger Zeit bin ich von unserem Landrat Walter Schneider angesprochen worden. Er hat gesagt: Lieber Hans, vielen Dank für die großen Finanzzuweisungen, die wir seit einigen Jahren immer wieder vom Freistaat Bayern bekommen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Lieber Hans!)

- Ja, lieber Hans, Herr Aiwanger. Herr Aiwanger, ich sage Ihnen noch mehr. Dieser Landrat, Herr Walter Schneider, hat in seiner Rede vor dem Kreistag am 20. Dezem-

ber 2013 gesagt – den Wortlaut kann man im Protokoll nachlesen –: Ein weiteres Kriterium dieser positiven Entwicklung ist auch eine erneut gute Ausstattung der Kommunen durch den Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Aiwanger, wahrscheinlich werden Sie jetzt denken, der Landrat Walter Schneider gehöre der CSU an. Leider muss ich Sie enttäuschen. Dieser Landrat gehört der Partei der FREIEN WÄHLER an.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Ländervergleich zeigt sich die herausragende Situation der bayerischen Kommunen. Das ist bereits von Staatsminister Joachim Herrmann erwähnt worden. Als ehemaliger Bürgermeister bin ich sehr dankbar, dass wir die Städtebauförderung auf hohem Niveau weiterführen können. Das gilt insbesondere für die Dorferneuerung. Ich bin ebenfalls froh und stolz – das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen –, dass wir bereits zum achten und neunten Mal einen Haushalt ohne Neuverschuldung aufgestellt haben. Das ist sowohl in Deutschland als auch in Europa einmalig. Die hohe Neuverschuldung von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft in Nordrhein-Westfalen ist gerade gegenüber der jungen Generation unverantwortlich. Dort besteht eine Pro-Kopf-Verschuldung in Höhe von 2.920 Euro pro Einwohner.

Nachdem Herr Aiwanger sich so stark echauffiert und ein Kollege dies bereits angesprochen hat, möchte ich zum Abschluss noch ein Wort zur Energiewende sagen. Ich bin in meinem Stimmkreis draußen sehr viel unterwegs. Ich sage Ihnen: Ich erhalte Zuschriften von beiden Seiten und führe Gespräche mit ihnen. Ich spreche auch mit vielen Befürwortern – das gebe ich ganz offen zu. Ich bin ebenfalls der Meinung, dass wir die erneuerbaren Energien weiterhin brauchen. Viele Menschen sagen jedoch: Lieber Hans Herold, wir begrüßen diese 10-H-Regelung sehr. Zwar wollen wir die erneuerbaren Energien, jedoch möchten wir ebenfalls, dass die Abstände in gewissen Be-

reichen vergrößert werden. Zu mir kommen Menschen, die teilweise verzweifelt sind. Deswegen begrüße ich die Politik des Bayerischen Ministerpräsidenten im Bereich der Stromtrassen und im Bereich der Windkraft sehr.

(Beifall bei der CSU)

Abschließend sage ich: Mit unserer seriösen und nachhaltigen Finanzpolitik schaffen wir beides, nämlich den Schuldenabbau und eine starke finanzielle Unterstützung unserer erfolgreichen bayerischen Kommunen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist eine erfolgreiche bayerische Politik.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke sehr, Herr Kollege Herold. Frau Kollegin Schweiger steht schon bereit. Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Tanja Schweiger (FREIE WÄHLER):** (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die paradiesischen Zustände und die paradiesische Kabinettsstimmung verklären wahrscheinlich den Blick auf das Wesentliche.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der CSU – Thomas Kreuzer (CSU): Hauptsache, Sie haben ihn, Frau Schweiger!)

Wir haben eine Aneinanderreihung von Plattitüden und eine Beschreibung von paradiesischen Zuständen bei ausschließlicher Konzentration auf das Ressortprinzip gehört. Wenn es um starke Kommunen geht, muss man über sein Ressort hinausblicken. Die Probleme, mit denen wir zu tun haben, sind nicht angepackt worden.

Sie haben mit Durchschnittszahlen begonnen. Der Durchschnitt hilft uns nicht, wenn sich die Schere immer weiter öffnet und auf der einen Seite ganz gute und auf der anderen Seite ganz schlechte Zahlen stehen. Dann sieht der Durchschnitt immer ganz

gut aus. Sie haben herausgestellt, dass 231 Kommunen schuldenfrei sind. Das bedeutet aber auch, dass 89 % der Kommunen Schulden haben.

Sie sind mit einem Halbsatz auf den Bevölkerungsrückgang in Oberfranken und in der nördlichen Oberpfalz eingegangen und haben im nächsten Satz betont: Wir sind stolz auf unsere Städte mit Weltrang . Eine Auseinandersetzung mit den Problemen durch den demografischen Wandel hat nicht stattgefunden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben darauf hingewiesen, dass Sie durch Arbeitsplatzverlagerungen 2.000 Stellen in die Fläche gebracht haben. Sie haben aber nicht erwähnt, dass vor allem viele Lehrer und viele Polizisten aus Oberfranken und Oberbayern in München arbeiten müssen und deswegen von zu Hause wegziehen.

Sie haben das Breitbandprogramm angesprochen, das in Deutschland einmalig ist und für das eineinhalb Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Bei einem Blick auf die fünf Jahre der letzten Legislaturperiode zeigt sich, dass Sie viele Jahre Kofinanzierungsmittel aus Brüssel einfach an uns haben vorbeiziehen lassen. Bayern war das einzige Land in ganz Deutschland, das die Mittel, die zur Verfügung gestanden wären, nicht abgeschöpft hat. Zwar geht es jetzt endlich ein wenig voran, aber das kommt viele Jahre zu spät.

Sie haben gesagt, Bayern wird 2023 barrierefrei sein. Wenn man mit dem Zug unterwegs ist, steht man vor der Frage, wie Sie das angesichts der Bedingungen an unseren Bahnsteigen erreichen wollen. Das gilt besonders dann, wenn man mit der Regionalbahn unterwegs ist, nicht nur mit dem ICE.

Sie haben einmal auf das Landwirtschaftsministerium verwiesen und verkündet, es gibt 60 Millionen für die Dorferneuerung. An den Ämtern für Ländliche Entwicklung gibt es einen Einstellungsstopp. Dort beobachten wir die einmalige Kuriosität, dass mehr Geld zur Verfügung steht, als die Mitarbeiter abarbeiten können und den Kommunen

zugutekommen könnte. Sie kommen mit den Maßnahmen nicht hinterher, weil das Personal abgebaut wird. Mit dem Geld, das bereits zur Verfügung steht, könnten Sie gemeinsam mit den Kommunen viel mehr erreichen.

Die Themen Leerstandsmanagement und leere Dörfer sind überhaupt nicht angesprochen worden. Sie sprechen von der Wohnraumförderung, die um 60 Millionen Euro erhöht wird. Dass Sie aber die GBW-Wohnungen verkauft haben, fehlt gänzlich in Ihrer Auseinandersetzung mit dem Thema.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Gesundheitspolitik haben Sie durch einen Verweis auf die Landarztstipendien nur gestreift. Diese allein werden sicherlich nicht dazu führen, dass wir flächendeckend mit Hausärzten und Krankenhäusern versorgt sind. Die Themen Notarzt und Rettungsdienst in der Fläche haben auch gänzlich gefehlt.

Das Thema Soziales nimmt in Ihrer Regierungserklärung eine ganze Seite ein. Sie haben herausgestellt, dass 1,4 Milliarden Euro für Betreuungseinrichtungen geflossen sind. Das ist in der Tat sehr viel Geld. Unsere bayerischen Kommunen haben in den letzten fünf Jahren größte Anstrengungen unternommen und Klimmzüge gemacht, um in der Fläche Kinderkrippen zu bauen. Jedoch wird von einer sehr guten Einrichtung wie einer Kinderkrippe allein kein einziges Kind gut betreut. Dafür brauchen wir ausreichend qualifiziertes Personal, das eine Planungsgrundlage benötigt und nicht nur mit befristeten Arbeitsverträgen und Teilzeitverträgen beschäftigt wird. Man muss dem Personal nach seiner fünfjährigen Ausbildung ein Auskommen und eine Perspektive bieten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

In dieser Hinsicht lässt das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz sehr zu wünschen übrig. Die stunden- und kindbezogene Förderung bedeutet gerade in den ländlichen Räumen, wo es in einer Einrichtung wenige Kinder gibt, ein sehr gro-

ßes Problem. Die Randzeiten werden überhaupt nicht mit berücksichtigt. Wer von Ihnen schon einmal fünf kleine Kinder oder Enkelkinder im Alter von zwei, drei oder vier Jahren gleichzeitig betreut hat, der weiß, was ein Betreuungsschlüssel von 1 : 5 bedeutet, wenn man die Kinder zwischendurch wickeln und füttern muss, wenn ein Kind krank ist und ein Elterngespräch geführt werden muss. Diese Unterstützung reicht bei Weitem nicht aus.

Das Thema Schule haben Sie nur ganz am Rande gestreift. Die Staatsregierung verspricht zwar, wohnortnahe Schulstandorte und wohnortnahe Schulen zu erhalten, aber dafür fehlen die nötigen Lehrerstunden. Es gibt immer mehr Schüler- oder Bustourismus, weil die Kinder zusammen zu einzelnen Schulstandorten gefahren werden, da die Lehrerstunden nicht ausreichen, um draußen auf dem flachen Land Schulunterricht von 8.00 bis 13.00 Uhr anbieten zu können. Obwohl die Schülerbeförderungsmittel erhöht werden, liegt die Quote immer noch bei 60 %, weil es immer mehr Bustourismus gibt. Die Quote lag schon einmal bei 80 %, und so hoch muss sie auch wieder steigen. Es kann nicht angehen, dass der Staat Lehrerstunden einspart und die Kommunen dies durch Schülerbeförderung und Bustourismus auffangen müssen.

Der Ausbau der Ganztagschule gelingt nur gemeinsam mit den Kommunen. Die Kommunen stellen sehr viel Geld zur Verfügung, weil die dafür vorgesehenen Lehrerstunden bei Weitem nicht ausreichen.

Die Jugendsozialarbeit an Schulen ist eine sehr gute Einrichtung. Sie wird zum größten Teil von den Kommunen bezahlt. Immer mehr Aufgaben in den Bereichen Soziales und Bildung gehen zulasten der Kommunen. Die staatliche Unterstützung dafür ist viel zu gering.

Sie haben die Daseinsvorsorge angesprochen und mitgeteilt, die Bayerische Staatsregierung werde die Kommunen unterstützen und sämtliche Eingriffe im Hinblick auf die Liberalisierung der Trinkwasserversorgung verhindern. Mein Vorredner hat schon einiges dazu ausgeführt. Die Bayerische Staatsregierung hat im Dezember 2012 der

Liberalisierung der Trinkwasserversorgung zugestimmt. Das muss hier der Vollständigkeit halber erwähnt werden.

Auch momentan dürfen die Kommunen bei der Abstimmung über das Freihandelsabkommen nicht mitreden. Die Vertreter sämtlicher relevanter Gruppen und Lobbyverbände sind beteiligt. Wir sind uns sicherlich darüber einig, dass die Kommunen den wichtigsten Teil im Staatsaufbau ausmachen. Dass die Kommunen nicht am Tisch mitverhandeln dürfen, ist eine Sauerei. Für die Beteiligung der Kommunen muss man sich einsetzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Was das Thema Gentechnik angeht, war der Dienstag für uns ein schwarzer Tag. Zu Hause verkünden Sie: Wir kämpfen gegen die Gentechnik und treten dagegen ein. Wenn es aber darauf ankommt und wir Sie in der Bundesregierung, im Bundesrat und in Brüssel brauchen, werden Sie diesem Versprechen nicht gerecht, enthalten sich und zeigen nicht Flagge. Das ist unfair.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Hört, hört, Schande!)

Das ist ein Vertrauensmissbrauch. Sie machen zwar Versprechungen und zeigen Flagge, aber nur verbal und nur hier im Bayerischen Landtag. Überregional jedoch, wo Sie in der Pflicht stehen, uns zu vertreten, stellen Sie sich Ihrer Verantwortung nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Thema Energie wurde gar nichts gesagt. Die Energiewende ist nur gemeinsam mit den Kommunen zu schaffen. Das betonen die FREIEN WÄHLER, seit sie in diesem Landtag vertreten sind. Eine Chance für die Kommunen und eine Chance, regionale Wertschöpfung zu schaffen, gibt es dann, wenn wir die Energieversorgung dezentral gestalten und es uns gelingt, wir mit unseren Kommunen, mit unseren Stadtwerken und mit Bürgergenossenschaften selbst Energie zu erzeugen. Mit der

Energieerzeugung wird viel Geld verdient. Wenn diese Aufgabe unsere eigenen Leute übernehmen, bleibt das Geld bei uns. Ich nenne nur eine Zahl aus meinem Landkreis Regensburg. Die Bürgerinnen und Bürger dort geben pro Jahr über 600 Millionen Euro für Energie aus. Selbst wenn wir noch viel an Energie einsparen können, bleiben immer noch ein paar Hundert Millionen Euro. Wenn es uns gelingt, auch nur einen ganz kleinen Anteil davon selbst vor Ort in unserer eigenen Energieerzeugungsgesellschaft zu produzieren, bleibt das Geld in der Region. Das ist das beste Konjunkturprogramm, das man sich vorstellen kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Die Bundes- und Staatsregierung ist seit Jahren in der Energiepolitik völlig planlos. Es lässt sich überhaupt keine Linie erkennen. Wir haben vor einigen Jahren teilweise rückwirkende oder plötzliche Änderungen im EEG gehabt. Investoren, die bereitstanden, schon die Verträge unterschrieben hatten und Geld bei uns im Land investieren wollten, ist die Planungsgrundlage entzogen worden. Ein solches Projekt kann nicht innerhalb einiger Wochen oder Monate verwirklicht werden; das dauert teilweise Jahre. In einem Land wie Bayern, in einem Land wie Deutschland keine Planungssicherheit mehr zu haben, ist eine Katastrophe.

Mit Verlaub, Herr Innenminister: Kurz vor der Wahl haben Sie noch die Landratsämter angewiesen, in Sachen Windkraftplanung nichts zu genehmigen. Im vorsehenden Gehorsam gegenüber einem parteipolitischen Ziel haben Sie ohne irgendeine gesetzliche Grundlage den Landratsämtern gesagt: Das, was vorliegt, entscheiden wir erst einmal nicht, wir warten ab. Gott sei Dank haben sich die bayerischen Landräte und Abteilungen an das Recht gehalten, aber man kann hier als oberster, für die Kommunen zuständiger Chef nicht so mit unseren Kommunen umgehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das Thema Asyl ist überhaupt nicht angesprochen worden. Dieses Thema brennt den Kommunen auf den Nägeln. Während unsere Familien- und Sozialministerin draußen

unterwegs ist, sich dem Dialog mit den Kommunen stellt, die Probleme aufnimmt und ernst nimmt, Ideen entwickelt und versucht, das Ganze abzuarbeiten, haben wir in der Regierungserklärung zu dem Thema starke Kommunen und starkes Bayern überhaupt nichts gehört. Die Kommunen werden völlig allein gelassen. Von heute auf morgen steht dort plötzlich ein Bus mit Asylbewerbern vor der Tür, und keiner weiß, wo man die Asylbewerber unterbringen und was man mit ihnen machen soll. Alle Aufgaben werden auf Ehrenamtliche abgewälzt. Man hofft, durch ehrenamtliches Engagement Integration und Unterstützung anbieten zu können. Bei uns im Landkreis stellen die Kommunen, in denen die Asylbewerber untergebracht sind, Mittel aus ihrem eigenen Haushalt zur Verfügung, um hier das Notwendigste tun zu können. Auch das Landratsamt stellt bei uns ein bisschen Geld zur Verfügung, um hier helfen zu können. Vonseiten des Staates gibt es nichts.

Wir brauchen für die Flüchtlingskinder viel mehr Übergangsklassen. Wir brauchen in den Kindergärten mehr Personal, um Kinder, die kein Wort Deutsch sprechen, integrieren zu können. Es gibt zwar einige Übergangsklassen, wie gesagt, aber es sind zu wenige. Es gibt aber immer noch viele Klassen, die von ein oder zwei Flüchtlingskindern besucht werden, die kein Wort Deutsch sprechen. Hier Unterricht abzuhalten, ist überhaupt nicht möglich, und es ist eine Zumutung für jeden einzelnen Lehrer. Wir müssen froh sein, dass es Lehrer gibt, die sich das überhaupt noch antun und das aushalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wir haben bei uns im Landkreis eine dezentrale Unterbringung mit fünf oder acht Kindern. Diese Kinder fahren mit dem Linienbus in die nächstgelegene Grundschule. Dort ist eine Übergangsklasse eingerichtet worden. Diese Kinder fahren in einem fremden Land, dessen Sprache sie nicht kennen, im Alter von sechs Jahren im Landkreis umher. Was machen die Eltern? Sie haben natürlich Angst, dass die Kinder überhaupt nicht an der Schule ankommen, und fahren deshalb mit. Sie begleiten sie zur Schule und fahren danach zurück und holen die Kinder mittags wieder ab. Wer bezahlt die

Busfahrkarte? - Die Kommune vor Ort bezahlt sie. Hier brauchen wir praxisgerechte und tatkräftige Unterstützung für die Kommunen, die sich dieser Verantwortung stellen, und für die Menschen, die ehrenamtlich tätig sind und sich einbringen. Aber hier ist der Staat gefragt, seine Kommunen zu unterstützen. Wir brauchen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mehr Mitarbeiter, die sich schneller und besser um die Asylverfahren kümmern. Wir müssen schauen, dass die Betroffenen schneller eine Arbeitserlaubnis bekommen, um sich hier integrieren und mitmachen können.

Eine erfolgreiche Asylpolitik ist wichtig für das Miteinander bei uns in den Kommunen. Das gehört einfach dazu, wenn man in Bayern über Kommunen, ein starkes Bayern und über starke Kommunalpolitik spricht.

Auch zum Bundesleistungsgesetz wurde in der Regierungserklärung nichts gesagt. Es gibt eine riesige finanzielle Belastung für unsere Kommunen und Bezirke. Das Problem besteht darin, dass es nicht in jedem Bundesland Bezirke gibt. Sie sind eine Besonderheit in Bayern. Wir finden viel zu wenig Berücksichtigung auf Bundesebene, wenn es um die Neuerungen im Bundesleistungsgesetz geht. Auch hier sind die Kommunen nicht beteiligt und können nicht mitentscheiden. Hier brauchen die Kommunen eine starke Staatsregierung, die sich dafür einsetzt, dass die nötigen Mittel bereitgestellt werden, um die ständig zunehmenden Aufgaben erledigen zu können.

Zum Thema Infrastruktur wird nachher mein Kollege noch etwas sagen.

Herr Innenminister, Sie haben gesagt, es liegt viel Arbeit vor uns. In der Tat, es liegt viel Arbeit vor uns. Wir unterstützen Sie gerne.

(Barbara Stamm (CSU): Das ist doch prima!)

Ich habe an dieser Stelle noch einen Tipp: Machen Sie es manchmal wie Ihr Ministerpräsident. Gehen Sie einfach raus, reden Sie mit den Leuten, hören Sie zu.

(Barbara Stamm (CSU): Der ist so viel unterwegs!)

Bei dem, was ich heute gehört habe, habe ich nicht das Gefühl, dass er viel draußen unterwegs ist.

(Barbara Stamm (CSU): Frau Kollegin! – Unruhe bei der CSU)

Gehen Sie hinaus in die Kommunen, nicht nur, um Reden zu halten, sondern um zuzuhören und sich mit den Themen auseinanderzusetzen. Wir haben viel vor uns. Es reicht nicht aus, nur einen paradiesischen Zustandsbericht zu geben. Wir haben viel vor uns. Packen Sie es an! Wir sind an Ihrer Seite.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Frau Kollegin Schweiger. – Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Mistol.

**Jürgen Mistol (GRÜNE):** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister, wenn man Sie so hat reden hören, konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass unsere Kommunen in Bayern vor Kraft und Stärke kaum laufen können, so stark wie Sie unsere Städte, Landkreise und Gemeinden dargestellt haben. Dabei sehen unsere Kommunen längst nicht alle so aus wie das Michelin-Männchen, das während Ihrer Regierungserklärung vor meinem geistigen Auge vorbeigezogen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Kette ist bekanntlich nur so stark wie ihr schwächstes Glied. Überträgt man diese alte Binsenweisheit auf Bayern, so wäre es derzeit um die Zukunft des Freistaats bei Weitem nicht so rosig bestellt, wie Sie, Herr Staatsminister, es angesichts der bevorstehenden Kommunalwahlen in den leuchtendsten weiß-blauen Farben ausgemalt haben. Im Gegenteil: Die kommunale Familie in Bayern entwickelt sich immer mehr zu einer Zwei-Klassen-Gesellschaft. Da haben manche Städte und Gemeinden, ob große oder kleine, richtiggehend Anzeichen von Magersucht. Das, Herr Staatsminister und liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, haben Sie zu verantworten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vergleicht man den Freistaat mit einer Kette, dann gibt es unter den Kommunen viele starke, aber leider auch viele schwache Glieder. Da ist es nur logisch, dass auch der Freistaat insgesamt nur so stark sein kann, so viel Muskelkraft und Stärke haben kann, wie es die schwächsten Glieder vorgeben. Da hilft es auch nicht, einmal ein paar politische Wunschvorstellungen in der Verfassung festzuschreiben. Die Förderung des ländlichen Raums oder die Finanzausstattung der Kommunen werden sich durch leere Worthülsen allein nicht verbessern. Um an finanziellen Stellschrauben zu drehen, hat es einer Änderung der Verfassung nicht bedurft. Was wir aber brauchen, und zwar dringend, ist eine bedarfsgerechte Finanzierung, damit sich die strukturellen Defizite nicht länger als Hemmschuh erweisen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kommunen sind der Eckpfeiler unserer Daseinsvorsorge. Die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger hängt vor allem davon ab, wie gut die Kommunen ihre Aufgaben erfüllen und erfüllen können. – Verehrter Herr Staatsminister, es wäre schön, wenn Sie zuhören würden. – Herr Staatsminister, Sie bremsen die Kommunen aus und halten sie am goldenen Zügel. Sie haben in Ihrer Rede mehr Freiheiten angekündigt. Ich frage mich, warum Sie das nicht schon in den letzten Jahren umgesetzt haben. Sie sind schließlich für die Kommunen nicht erst seit gestern verantwortlich.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Kolleginnen und Kollegen, erschwert wird die Situation durch den kommunalen Finanzausgleich, der in seiner jetzigen Form die Kluft zwischen armen und reichen Kommunen nicht schließen kann. Die Verschuldung nimmt schon heute vielen Kommunen die Luft zum Atmen. Das hat zur Folge, dass die Schulden auch in konjunkturell guten Zeiten explosiv ansteigen. Gleichzeitig bildet sich ein riesiger Investitionsstau. Um ihre Aufgaben erfüllen und ihr Selbstverwaltungsrecht wahrnehmen zu können, brauchen

aber alle Kommunen eine solide finanzielle Basis sowie verlässliche Einnahmen. Die GRÜNEN wollen den Anteil der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund schrittweise und zügig auf 15 % erhöhen. Hier sind Sie den Forderungen der kommunalen Spitzenverbände noch kein Jota entgegengekommen. Ich sage Ihnen: Das wäre nur recht und billig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zudem setzt das derzeitige Zuschusswesen oft die falschen Anreize und nimmt den Kommunen viel von ihrer Gestaltungsfreiheit. Wegen der falsch gesetzten Förderkriterien nach dem Motto "größer und breiter muss die Brücke sein" baut so manche Kommune Infrastrukturen an den Bedürfnissen vorbei und bleibt auf den Folgekosten sitzen. Doch damit nicht genug: Ministerpräsident Seehofers Wetterhahnpolitik ist verantwortlich dafür, dass in vielen Kommunen Unsicherheit und Stillstand statt Aufbruch und Zukunftsgewissheit vorherrschen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, von Anfang an war die Energiewende für Horst Seehofer ein lästiges Stiefkind, um das er sich nur halbherzig gekümmert hat, wie um einen Kuckuck, den ihm andere ins Nest gelegt haben. Entweder aus Unvermögen oder weil ihm gerade einmal ein anderes Vögelchen etwas ins Ohr geflüstert hat, ist der Ministerpräsident drauf und dran, der Energiewende gänzlich den Garaus zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für die Kommunen und die Energiegenossenschaften, in denen neben Städten, Landkreisen und Gemeinden viele Bürgerinnen und Bürger die Energiewende längst selbst als dezentrales Projekt in die Hand genommen, geplant und vorangebracht haben, hat dieses Wendemanöver weit mehr als eine fatale Signalwirkung. Statt die Kommunen bei der Planung ihrer Energieprojekte zu unterstützen und endlich die planerischen Weichen zu stellen, hat die Staatsregierung nicht nur kurzerhand das Totenglöckchen für die Windkraft in Bayern geläutet, sie hat auch gleichzeitig den Fortgang der Strom-

netzplanungen gekappt. Wie sagte doch einer Ihrer Parteifreunde, der Regensburger Oberbürgermeister Hans Schaidinger, unlängst: "Ein Moratorium ist die Feigheit, nicht gleich zu sagen, was zu tun ist". Wo Schaidinger recht hat, da hat er recht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE müssen feststellen: Die Staatsregierung hat die Energiewende in Bayern praktisch auf Eis gelegt. Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie sehen einfach nur zu, wie der politische Geisterfahrer Ministerpräsident Horst Seehofer die Energiewende endgültig an die Wand fährt. Damit schwächen Sie die Kommunen, die die Planungen der Energiewende im Gegensatz zu Ihnen bereits mit Energie, Hirnschmalz und oft auch barem Geld vor Ort betrieben haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Staatsminister Herrmann, auch bei Ihrer Infrastrukturpolitik ist für die Kommunen nicht alles Gold, was glänzt. Im Gegenteil: Während Sie noch immer glauben, strukturschwache Kommunen durch Straßenneubau- und –ausbauorgien stärken zu können, ist bei der bestehenden Infrastruktur allmählich der Lack ab. Das Motto "Aufbruch Bayern" können Sie beim Unterhalt für den Straßenbestand tatsächlich wörtlich nehmen; denn es bröckelt an allen Ecken und Enden, weil Sie, Herr Staatsminister, für die Erhaltungs- und Ersatzinvestitionen viel zu wenig Geld in die Hand nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Jahr 2019 wird zudem die Finanzierung durch das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz endgültig auslaufen. Bringen Sie bis dahin keine sinnvolle Nachfolgeregelung auf den Weg, wird es in vielen Kommunen schnell zum Stillstand kommen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Aber der öffentliche Personennahverkehr fristet bei Ihnen schon seit jeher bestenfalls ein Dasein auf dem Nebengleis, wenn nicht gleich auf dem Abstellgleis. Angesichts des demografischen Wandels ist ein gut ausgebauter ÖPNV Voraussetzung für Mobilität in der Stadt und auf dem Land. Auch hier lassen

Sie die Kommunen im Regen stehen. Rund zwei Drittel der GVFG-Mittel fließen aktuell in den Straßenbau, der Rest in den ÖPNV und andere umweltfreundliche Verkehrsarten. Das ist Verkehrspolitik der Vergangenheit. Für die Zukunft taugt das nicht.

Den flächendeckenden Breitbandausbau haben Sie komplett verschlafen. Immerhin hat jetzt Herr Staatsminister Dr. Söder den Breitbandausbau endlich als Staatsaufgabe begriffen. Es bleibt zu hoffen, dass er bei seinem Alter Ego, dem Finanzministerium, ausreichend Geld für die Daseinsvorsorge locker macht und den Kommunen unter die Arme greift.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Vielleicht sollte er einmal mit sich selber reden!)

- Das wäre nicht schlecht. Für eine flächendeckende Versorgung des Freistaats mit einem ausreichend schnellen Breitband sind nämlich rund 20 Milliarden Euro notwendig, Geld, das unsere Kommunen nicht haben.

Kolleginnen und Kollegen, als richtiggehender Schuss in den Ofen erweist sich auch Ihr schnell noch vor der Landtagswahl durchgepeitschtes Landesentwicklungsprogramm. Eine vernünftige Raumplanung braucht gescheite Leitplanken, sonst kann man sie gleich sein lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr LEP setzt jedoch gerade einmal das eine oder andere Leitpföstchen, oder es führt gleich ganz in die Sackgasse. Die dringendsten Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte können Sie damit nicht angehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Gegenteil, Ihnen fehlt es an Visionen und offenbar auch an Ambitionen, sich mit Fragen des demografischen Wandels, der Entwicklung des ländlichen Raums oder des Flächenverbrauchs überhaupt ernsthaft auseinanderzusetzen. Das belegen auch Ihre lustlosen Nachbesserungen. Kritische Punkte wie die Einteilung der Zentralen

Orte wurden gleich gänzlich verschoben, weil Sie es sich vor den Wahlen mit den Kommunen nicht verscherzen wollten. Auch dazu würde Schaidingers Satz mit der Feigheit wieder ganz gut passen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Kommunen müssen sich auch fürchten, wenn es um die Vertretung ihrer Interessen in Europa geht. Die kommunale Daseinsvorsorge läuft immer wieder Gefahr, vom Sog des Liberalisierungsstrudels erfasst zu werden, erst die Konzessionsrichtlinie, dann das Freihandelsabkommen. Hier präsentiert sich der Freistaat immer wieder gern als der Schutzpatron der kommunalen Daseinsvorsorge. In der Vergangenheit hat sich jedoch immer wieder gezeigt, dass der Einsatz der CSU in Berlin und Brüssel im entscheidenden Moment nur halbherzig ausfällt. Ihr Kollege in der CSU, der Europaabgeordnete Markus Ferber, hält das Freihandelsabkommen für unproblematisch und alle Warnungen gar für Panikmache. Ich sage Ihnen: Solange Sie von der CSU mit gespaltener Zunge sprechen, solange bleibt auch die kommunale Daseinsvorsorge in Gefahr.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Kommen wir zu Ihrer nächsten Baustelle: Die Wohnraumsituation im Freistaat gerät immer mehr aus der Balance. Während das Leben in der Stadt immer beliebter und Wohnraum hier immer knapper wird, kämpfen ländliche Regionen gegen Abwanderung und Wohnungsleerstand. Ihre jahrelangen Versäumnisse, Herr Staatsminister, werden deshalb immer mehr zum Problem der Kommunen. Sie haben das Jahr 2014 zwar zum Jahr des Wohnungsbaus ausgerufen. Ihr Sinneswandel kommt aber für viele Kommunen reichlich spät. Er ist bisher auch nur ein halbherziger Versuch, die Probleme auf dem Wohnungsmarkt tatsächlich in den Griff zu bekommen. Wie lässt es sich sonst erklären, dass Sie die Laufzeit der Verordnung zur Senkung der Kapazitätsgrenze mit Ausnahme Münchens auf zweieinhalb Jahre begrenzt haben, was in der Praxis keine Wirkung zeigt? Ein reines Placebo ist diese Maßnahme, sonst gar nichts. Auch das Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, das Sie mit und ohne FDP in der Vergangenheit wiederholt abgelehnt haben, wenn wir

GRÜNE es beantragt haben, kommt als Last-Minute-Wahlgeschenk für die Kommunen nach zig Jahren und Tausenden von Umwandlungen zu spät.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bezahlbarer Wohnraum ist vor allem wegen Ihres hartnäckigen Widerstands verloren gegangen. Gleichzeitig ist die Erhöhung der Mittel zur Wohnraumförderung nur ein Tropfen auf den heißen Stein, während der Bestand an Wohnungen mit Belegungsbindung unterm Strich weiter schmilzt.

Planlos sind Sie auch bei der zweiten Seite der Medaille. Sie können keine Strategien zur Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels für Kommunen in Abwanderungsregionen vorweisen. Wirksame Konzepte zur Stärkung von Zentren und Ortskernen, Rück- und Umbauten bleiben Sie den betreffenden Kommunen weiterhin schuldig. Vermutlich haben Sie diese Regionen bereits abgeschrieben, wie es auch Ihr Zukunftsrat vor nicht allzu langer Zeit getan hat.

Im Stich lassen Sie die Kommunen auch bei der Bewältigung der explodierenden Sozialausgaben, die immer mehr Kommunen finanziell in die Knie zwingen. Gegenüber anderen Bundesländern brüsten Sie sich regelmäßig damit, dass Bayern ein Land sei, in dem Milch und Honig fließen. Dafür zahlen sollen aber die Kommunen. Deshalb hilft es auch nichts, dass das Konnexitätsprinzip in der Bayerischen Verfassung verankert ist, wenn Sie immerzu nur anschaffen und die Kommunen sich das Geld für sinnvolle, aber auch kostspielige Wünsche regelrecht aus den Rippen schneiden müssen. Kindertagesstättenplätze, Jugendhilfe, Ganztagsbetreuung und Inklusion gibt es auch für sie nun einmal nicht zum Nulltarif.

"Bayern Barrierefrei 2023", dieses Programm haben Sie, Frau Staatsministerin Haderthauer, noch als Sozialministerin ausgerufen. Ministerpräsident Seehofer hat dieses Motto in seiner Regierungserklärung am Anfang der Legislaturperiode wiederholt. So etwas kann man leicht verkünden, wenn es andere, nämlich die Kommunen, bezahlen

müssen. Zwei Drittel der Investitionen – so schätzt man über den Daumen gepeilt – werden auf die Kommunen zukommen, wenn sie dieses Projekt realisieren sollen.

Genauso wenig können die Kommunen auf Sie zählen, wenn es darum geht, die Schule im Dorf zu lassen. Auch Ihre viel gepriesene Mittelschule kann das Schulsterben über kurz oder lang nicht aufhalten. Die Kommunen wissen sehr wohl, dass die Gestaltung einer regionalen Bildungslandschaft ein wichtiger Standortfaktor ist. Doch statt den Kommunen mit einer Öffnungsklausel endlich die Möglichkeit zu geben, die Schullandschaft vor Ort selbst zu prägen, geben Sie den Zeigestock weiterhin nicht aus der Hand. "Setzen, sechs" heißt es auch beim Ausbau der Ganztagsangebote. Selbst die Ihnen sonst so zugeneigte Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft stellt Ihnen ein bildungspolitisches Armutszeugnis aus. Viel zu lange wollten Sie den Ausbau der Ganztagsangebote verhindern und aussitzen. Das Ergebnis ist ein Ganztagsangebot, das sich in unübersichtlichen Parallelstrukturen mit unterschiedlichen Zuständigkeiten und unterschiedlichen Finanzierungsmodalitäten verzettelt. Hier heißt es ganz klar: Nachsitzen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Hände gebunden sind den Kommunen auch bei der Eindämmung der Spielhallenflut. In Bayern hat sich die Zahl der Spielhallen oder der Geldspielgeräte in Spielhallen zwischen 2006 und 2012 knapp verdoppelt. Es liegt auf der Hand, dass ein leicht verfügbares Angebot an Glücksspiel auch die Schwelle für Konsumenten absenkt. Statt der Spielhallenflut einen wirksamen Riegel vorzuschieben, haben Sie viel zu spät ein Gesetz verabschiedet, das letztendlich nicht mehr als ein Placebo ist und der Glücksspielsucht keinerlei Einhalt gebieten kann. Das sage ich Ihnen als Kommunalpolitiker. Das Gesetz, das Sie vorgelegt haben, ist nicht praxistauglich. Den Kommunen ist damit kein bisschen geholfen. Die Spielhallen schießen weiter wie Pilze aus dem Boden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrter Herr Staatsminister, ich stimme absolut mit Ihnen darin überein, dass wir starke Kommunen brauchen. Nur mit starken Kommunen kann auch der Freistaat stark sein. Dafür müssen Sie die Kommunen aber auch endlich stark machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Handlungsfähige, entscheidungskompetente und finanziell gut ausgestattete Kommunen sind die Voraussetzung für eine gute Politik in Bayern und für die Menschen vor Ort. Damit das gelingen kann, müssen Sie die Kommunen endlich vom Zügel lassen und ihnen die nötigen Freiräume geben. Geben Sie den Rahmen vor und drücken Sie den Kommunen Pinsel und Farbe in die Hand; und, Herr Staatsminister, malen Sie um Himmels willen nicht alles rosarot.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss und fordere mehr Macht für die Kommunen und weniger Bemutterung, Aufdringlichkeit und Beaufsichtigung durch die Staatsregierung. Das ist das Konzept der GRÜNEN für ein starkes Bayern.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Nächste Wortmeldung für die CSU-Fraktion: Herr Kollege Lederer.

**Otto Lederer (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wollen heute nichts rosarot malen, wir wollen aber auch nichts schwarz malen, Herr Kollege Mistol.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Schwarz ist eine schlechte Farbe!)

Wir wollen heute ein Resümee ziehen und in die Zukunft schauen.

Bis Oktober 2013 hatte ich selbst die Verantwortung für eine dieser starken Kommunen, wie wir heute von Staatsminister Joachim Herrmann gehört haben, der die aktuelle Situation und auch die Zukunft unserer Kommunen sehr trefflich beschrieben hat. Als langjähriger Erster Bürgermeister einer Gemeinde mit 7.000 Einwohnern möchte ich deshalb heute die Gelegenheit nutzen, mich bei unserem Kommunalminister Herrmann stellvertretend für die ganze Staatsregierung für den großen Einsatz zum Wohl unserer Kommunen zu bedanken. Dank gilt auch allen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, die tagtäglich mit ihrer Arbeit unser Bayern voranbringen.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie mein Vorredner Hans Herold habe auch ich als ehemaliger Bürgermeister aus eigener Erfahrung die Gewissheit erlangt, dass die kommunale Selbstverwaltung ein unglaublich hohes Gut ist, das mit den kommunalen Finanzen steht und fällt. Erst vor Kurzem haben wir ein trauriges Beispiel aus den USA kennengelernt: Eine einst blühende Autometropole, die Stadt Detroit, ist pleite gegangen. Diese Situation wäre bei uns nicht möglich; denn bei uns müsste das Land eintreten, wenn eine Kommune so schlecht dastehen sollte. Im schlimmsten Fall müsste sogar der Bund eintreten.

Das täuscht aber nicht darüber hinweg, dass Berlin eine höhere Pro-Kopf-Verschuldung als Detroit hat. Wenn wir tatsächlich, lieber Kollege Mistol, die kommunale Landschaft bei uns mit einer Kette vergleichen und uns nach dem schwächsten Glied richten, steht es um unser Deutschland sehr schlecht; denn Berlin ist eines der schwachen Glieder in unserem föderalistischen System.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Wer regiert dort? Wer regiert in Berlin?)

Wir haben im vergangenen Sommer auf die Ergebnisse der Bertelsmann Studie zu den deutschen Kommunalfinanzen gewartet, die heute schon zitiert wurde. Einer der

Kernsätze in dieser Studie lautet: Die Finanzlage der bayerischen Städte, Gemeinden und Landkreise ist so gut wie in kaum einem anderen Bundesland.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Das haben wir schon einmal gehört!)

- Ich verdeutliche es, Herr Dr. Wengert, damit es wirklich in alle Köpfe hineinkommt; denn die Studie ist ein weiterer Beleg dafür, dass die Kommunen bei uns in Bayern wirklich umfangreich und wirksam unterstützt werden. Herzstück des Ganzen ist der kommunale Finanzausgleich, der in diesem Jahr die Schallmauer von acht Milliarden Euro durchbricht

(Jürgen W. Heike (CSU): Bravo!)

und dazu beiträgt, dass die finanziellen Unterschiede der einzelnen Kommunen ein Stück weit ausgeglichen werden. Sogar der Oberbürgermeister aus Nürnberg, Ihr Parteikollege, bestätigt, dass der kommunale Finanzausgleich ein solides Ergebnis ist, und der Gemeindetagspräsident Uwe Brandl, den ich sehr schätze, der aber auch ein sehr kritischer Geist ist, zeigt sich mit dem zufrieden, was gelungen ist, nämlich – ich zitiere - das bereits erfreuliche Ergebnis des Jahres 2013 zu übertreffen. Wenn das selbst der Gemeindetagspräsident sagt, ist uns, glaube ich, meine Damen und Herren, wirklich ein großer Wurf gelungen.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Sie sind doch Lehrer! Was ist denn "zufrieden"?)

- Herr Dr. Wengert, Sie kennen die Prüfungsorgane in den Kommunen, und diese sind immer sehr froh, wenn sie ein "Zufrieden" erreichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das A und O für eine gute Zukunft jeder Kommune sind Familie und Kinder. Wir sorgen deshalb dafür, dass in jeder Gemeinde und in jeder Stadt Familien noch leichter zwischen den für ihre Kinder am besten geeigneten Betreuungsangeboten wählen können.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): G 8 oder G 9!)

Ich möchte betonen, dass wir mit unserem bayerischen Sonderinvestitionsprogramm bereits so viel Geld wie kein anderes Land in den Krippenausbau investiert und damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf entscheidend verbessert haben. Aber nicht nur die Betreuungsquantität ist uns wichtig, sondern vor allem auch die Betreuungsqualität. Deswegen haben wir den Betreuungsschlüssel gesenkt, und deswegen übernimmt Bayern auch über 50 % der öffentlichen Nettoausgaben bei der Kinderbetreuung. Da sind wir an der Spitze aller Bundesländer in Deutschland. Herr Mistol, ich spreche das an, weil Sie gesagt haben, der Freistaat schafft an, bezahlt aber nicht. In diesem Fall sind wir Spitze im Vergleich aller Bundesländer.

(Beifall bei der CSU)

Auch das Bildungsangebot ist ein zentraler Schlüssel für die Kommunen in Bayern. Nach dem Slogan "Kurze Beine, kurze Wege" haben wir eine Garantie für rechtlich selbstständige Grundschulen ausgesprochen.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Mit welchen Lehrerstellen?)

Wir haben auch vor, das Ganztagsangebot bedarfsgerecht und möglichst flächendeckend auszubauen. Hier ist es meines Erachtens kein Manko, Herr Kollege Mistol, wenn wir eine Vielfalt haben; denn Vielfalt kann auch eine Bereicherung sein, weil für jeden das geeignete Angebot geliefert werden kann. Auch hier lässt der Freistaat die Kommunen nicht im Regen stehen; denn die staatlichen Zuweisungen für die kommunalen Hochbaumaßnahmen werden erhöht.

Wir bleiben aber nicht bei den Schulen stehen, sondern gehen weiter zu den Hochschulen und Universitäten. Hier verfolgen wir seit vielen Jahren die Strategie, Forschung und Lehre in alle Regionen Bayerns zu bringen, um Innovation und Entwicklung speziell im ländlichen Raum zu fördern.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir kümmern uns aber nicht nur um Kinder und Familien, sondern besonders auch um diejenigen, die mit ihrer Arbeit unseren heutigen

Wohlstand ermöglicht haben, nämlich unsere Seniorinnen und Senioren. Unser Ziel ist es, dass Menschen in jeder Kommune im Alter ein selbstbestimmtes Leben führen können. Um das schaffen zu können, müssen aber vor Ort mehr altersgerechte Wohnformen wie zum Beispiel Mehrgenerationenhäuser und Gruppenwohnungen in Haus- und Wohngemeinschaften geschaffen werden. Deshalb fördert der Freistaat den Aufbau von Sozialgenossenschaften mit bis zu 30.000 Euro je Gründung. Außerdem wollen wir Bayern mit einem Sonderinvestitionsprogramm barrierefrei gestalten und dadurch eine gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben für alle Menschen ermöglichen.

Besonders für unsere älteren Menschen, doch auch für alle Bürgerinnen und Bürger in Bayern ist eine wohnortnahe ambulante und stationäre medizinische Versorgung von allergrößter Wichtigkeit. Deshalb geben wir finanzielle Anreize zur Niederlassung von Ärzten im ländlichen Raum, auch wenn wir wissen, dass die Ärztedichte in Bayern die beste aller Flächenländer in Deutschland ist, weil uns eben, lieber Kollege Wengert und liebe Kollegin Schweiger, allein der Durchschnitt nicht reicht. Selbst da, wo wir durchschnittlich sehr, sehr gut dastehen, wollen wir weitere Verbesserungen erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Die Krankenhausfinanzierung – sie betrifft insbesondere die Städte und Landkreise sehr stark – soll auf dem gleich hohen Niveau wie bisher weitergeführt werden. Rund 134 größere Projekte mit einem Gesamtvolumen von 1,9 Milliarden Euro stehen hier momentan an. Wie Sie wissen, leben die Bayern im Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt gesünder und länger. Wir wollen mit einem bayerischen Präventionsplan der Vorsorge einen noch größeren Stellenwert als bisher geben.

Werte Kolleginnen und Kollegen, starke Kommunen brauchen auch eine starke Infrastruktur. Deswegen haben wir die Fördermittel der FAG-finanzierten kommunalen Straßenbau- und Unterhaltsmaßnahmen auf rund 300 Millionen Euro erhöht. Aber

nicht nur Straßen sind wichtig, sondern auch Datenautobahnen. Um den ländlichen Bereich rasch mit schnellem Internet zu versorgen, wollen wir Verbesserungen beim Breitbandausbau vorantreiben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Endlich! Höchste Zeit ist es geworden!)

Die Mittel dafür wurden von 2012 bis 2014 auf insgesamt eine halbe Milliarde Euro erhöht. Darüber hinaus wollen wir die Kommunen weiter unterstützen, indem wir das Förderverfahren deutlich vereinfachen und die Förderung um 20 Prozentpunkte auf bis zu 80 % erhöhen. Der Förderhöchstbetrag wird auf bis zu einer Million Euro pro Kommune angehoben. Darüber hinaus wird die Beratung ausgebaut. Künftig soll jeder Landkreis einen Breitbandmanager bekommen. Dadurch reduziert sich der Arbeitsaufwand für die Kommunen erheblich.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Fünf Jahre lang macht ihr das schon!)

Denn künftig entscheidet die Kommune selbst, wo der Ausbau erfolgen soll, und man muss keine Bedarfsermittlung mehr durchführen.

Auch versuchen wir, die Kommunen mithilfe von Abschlagszahlungen im Zuge des Baufortschritts weiter zu unterstützen, damit sie nicht mehr komplett vorfinanzieren müssen. Unser Ziel ist es, in Bayern ein flächendeckendes digitales Hochgeschwindigkeitsnetz zu schaffen und damit in den Kommunen Arbeitsplätze von morgen zu sichern.

Seit dem Jahr 2006

(Thomas Gehring (GRÜNE): Praktisch seit gestern!)

leben mehr Menschen in den Städten als auf dem Land. Die Prognosen der UNO zeigen ganz klar: Der Anteil der städtischen Bevölkerung wird bis zum Jahr 2030 auf 60 % steigen. In entwickelten und bereits stark urbanisierten Ländern werden bis zum Jahr 2030 über 84 % der Menschen in Städten leben. In Bayern ist dieser Trend zur

Verstädterung erfreulicherweise nicht so weit fortgeschritten. Über 8 Millionen Menschen und damit rund 60 % der bayerischen Bevölkerung leben noch im ländlichen Raum. Deshalb ist es seit Langem die Politik der CSU, für alle Menschen in unserem Land die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Hierbei hat die Dorferneuerung einen großen Anteil.

Wir haben es heute schon einmal gehört: 1.200 Dorferneuerungsmaßnahmen laufen derzeit in Bayern. Hieran sind 650.000 Bürgerinnen und Bürger beteiligt, die sich ehrenamtlich engagieren. Mit Fördermitteln in Höhe von 60 Millionen Euro wird ein Vierfaches an Investitionsvolumen ermöglicht, das vor allem den Betrieben vor Ort Aufträge bringt; denn uns ist es natürlich wichtig, dass vor Ort Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden. Damit ist die Dorferneuerung zu einer echten Bürgerbewegung für den ländlichen Raum geworden.

Dass unsere Dörfer in Bayern vital und attraktiv sind, ist keineswegs eine Selbstverständlichkeit, sondern mittlerweile auch in Europa die Ausnahme. So ist die Landflucht in Spanien, in Italien und in Frankreich leider Alltag. Man hat sich schon lange daran gewöhnt, dass vor allem junge Menschen in die Ballungsräume ziehen. Die heutige Regierungserklärung unseres Staatsministers Joachim Herrmann hat deutlich gezeigt, dass auch der ländliche Raum in Bayern Zukunft hat, wobei – das will ich nicht verschweigen – es auch bei uns erhebliche regionale Unterschiede gibt. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir es gemeinsam – Staat, Kommunen und die Bürgerinnen und Bürger – schaffen werden, den Strukturwandel erfolgreich zu gestalten. Dafür brauchen wir starke Kommunen und ein starkes Bayern.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo!)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Adelt das Wort.

**Klaus Adelt (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Staatsminister Herrmann, liebe Kolleginnen und Kollegen! Aller guten Dinge sind drei: Es spricht nun der dritte

ehemalige Bürgermeister. Alles klasse, alles prima! Nichts anderes habe ich von der Regierungserklärung erwartet.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zuruf von der CSU: Toll, was?!)

Doch ich muss ausreichend Wasser in den Wein gießen. Die Einnahmen der Städte und Gemeinden haben sich im Jahr 2013 deshalb verbessert, weil es der Industrie, dem Handwerk und dem Gewerbe besser geht und sie genügend verdienen. Wenn nicht jetzt, wann dann soll sich die Einnahmesituation verbessern? Denken wir zehn Jahre zurück, als uns Stoiber in den Gemeinden "rasiert" und die Mittel erheblich zurückgefahren hat. Es gibt keinen Grund zur Entwarnung bei den Kommunal финанzen.

(Beifall bei der SPD)

Paul Wengert hat es deutlich gemacht: Der Sanierungs- und Investitionsrückstau geht in die Milliarden. Viele kommunale Haushalte sind Spitz auf Knopf genäht. Es gibt viele prekäre Haushalte in den Kommunen und auch in den kommunalen Unternehmen, und diese lässt man viel zu oft außen vor.

Eine Anfrage beim Innenministerium über nicht genehmigte Haushalte der letzten zehn Jahre hat zutage gebracht, dass es diesbezügliche Zahlen erst seit vier Jahren gibt. Bei der Anzahl der Verweigerungen der Haushaltsgenehmigungen der letzten beiden Jahre ist ein deutliches Süd-Nord-Gefälle zu verzeichnen. So wurde im Haushaltsjahr 2012 15 Gemeinden der Haushalt verweigert, davon 14 Gemeinden in Oberfranken. Im Jahr 2013 waren es immer noch 11 Gemeinden, davon 10 Gemeinden in Oberfranken. Der Haushalt eines Landkreises hat keine rechtsaufsichtliche Genehmigung erhalten.

Viele Landkreise und Gemeinden haben deshalb Stabilisierungshilfen und Bedarfszuweisungen angemeldet, aber die benötigten Beträge nicht vollständig erhalten. 30 von 71 Landkreisen haben Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfe in Höhe von 36 Millionen Euro angemeldet, gewährt wurden nur 18,5 Millionen Euro.

Bei den Städten und Gemeinden gab es 88 Anmeldungen in Höhe von 52,3 Millionen, bewilligt wurden nur 4,6 Millionen Euro. Bei der Stabilisierungshilfe, einem Instrument des letzten Jahres, gab es 116 Anmeldungen in Höhe von 99,8 Millionen Euro, gewährt wurden nur 70,8 Millionen Euro.

Der Selber Oberbürgermeister Pöttsch hat in der "Frankenpost" das 100-Millionen-Programm als Mogelpackung bezeichnet; denn dieser Betrag aus der Verbundmasse stand nicht mehr für Schlüsselzuweisungen zur Verfügung.

Kollege Lederer hat den kommunalen Finanzausgleich als hervorragend gelobt. Ich kann dies nicht tun. Wenn schon, dann muss man den Kollegen Uwe Brandl vollständig zitieren. Er hat Kritik daran geübt, dass in diesem kommunalen Finanzausgleich die Stadt München mehr Geld erhalten hat.

Es ist gut, dass jetzt ein Gutachten beim FiFo, beim Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut Köln, in Auftrag gegeben wurde.

(Zuruf von der CSU)

- Zumindest nach Forchheim nicht so viel. – Ich habe nur den Kollegen Brandl vollständig zitiert.

(Zuruf von der CSU: Ist schon in Ordnung!)

Der kommunale Finanzausgleich muss auf den Prüfstand, und ich hoffe, dass den Ankündigungen auch Taten folgen.

Die Entschuldung von Städten und Gemeinden mit prekären Haushalten muss unverzüglich erfolgen. Ich nenne hierzu ein Beispiel: Vielen Städten und Gemeinden im Fichtelgebirge geht es genauso wie dieser Stadt Nordbayerns. Hier wurde von der Rechtsaufsicht eine haushaltslose Zeit bis mindestens 2016 prognostiziert. Die dauernde Leistungsfähigkeit kann hier nicht bestätigt werden. Nach Artikel 69 der Gemeindeordnung entscheiden in dieser haushaltslosen Zeit der Oberbürgermeister und

die Rechtsaufsicht über den Haushalt. Die Stadträte kommen eigentlich nur, um den Haushalt zu verabschieden und die regulären Satzungen, aber mit dem Hohelied der kommunalen Selbstverwaltung, hinter der ich voll und ganz stehe, hat das nichts zu tun und ist somit für die Katz.

(Beifall bei der SPD)

Die freiwilligen Leistungen an die Vereine müssen in solchen Fällen auf ein Mindestmaß heruntergefahren werden und stehen immer wieder auf dem Prüfstand. Das widerspricht ganz klar dem Ansehen des Ehrenamtes. Denn was ist ein Ehrenamtler, der in einer reichen Gemeinde tätig ist, in der es ordentlich Zuschüsse gibt, und was ist das Ehrenamt in einer Gemeinde, in der die freiwilligen Leistungen gekürzt werden? Das ist eine enorme Ungleichbehandlung.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Roos (SPD))

Zurück zum Kollegen Hans Herold aus Mittelfranken. Kollege Herold hat Paul Wengert nicht verstanden. Wir wollen nicht nur schimpfen, denn das bringt nichts, sondern wir legen den Finger in die Wunde. Ich sage es ganz deutlich: Wir leben gern in Bayern, in Oberfranken und im Frankenwald. Seit 57 Jahren lebe ich dort, trotz schwieriger Zeiten. Ich werde, so Gott will, auch in den nächsten Jahren dort wohnen, egal, was passiert.

Dass die Finanzausstattung in Mittelfranken hervorragend ist, das gönne ich euch von Herzen. Bei uns in Oberfranken schaut es nicht so gut aus. Als ehemaliger Bürgermeister hatte ich die Schnauze voll davon, dass die Rechtsaufsicht immer wieder gesagt hat: Nein, das dürfen Sie nicht machen, Sie dürfen die Fördermaßnahme nicht machen, die Eigenmittel fehlen. Es reicht! Das hat mit kommunaler Selbstverwaltung nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Zum Abschluss möchte ich gerne einen seltsamen Vorschlag von Finanzminister Söder kommentieren, von einem wichtigen Mann, der heute leider nicht hier ist. –

**Präsidentin Barbara Stamm:** Entschuldigen Sie, Herr Kollege, der Herr Staatsminister ist krank gemeldet. Vielleicht erkundigen Sie sich vorher einmal. Dann weiß man, wie man reagieren soll.

(Beifall bei der CSU)

**Klaus Adelt (SPD):** Okay. Das steht jedem zu. –

**Präsidentin Barbara Stamm:** Und im Übrigen: Denken Sie an Ihre Redezeit!

(Beifall bei der CSU)

**Klaus Adelt (SPD):** Meine Rede ist gleich zu Ende. - Das Solidarpaket soll um 18 Milliarden Euro gekürzt werden. –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Neun Milliarden Euro sollen in strukturschwache Räume in Ost und West fließen. Da verstehe noch einer die Welt. Erst müssen wir das Solidarpaket in den Gemeinden mit Krediten finanzieren, jetzt bekommen wir es Stück für Stück zurück. Ich kapiere das nicht.

Wir brauchen einen Entschuldungsfonds und eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen, und zwar jetzt. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Nächste Wortmeldung für die FREIEN WÄHLER: Kollege Muthmann. – Bitte schön, Herr Kollege.

**Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER):** Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Starke Kommunen – Starkes Bayern

– Starke Zukunft" als Überschrift, hohe Erwartungen von unserer Seite an diese Regierungserklärung. Sie haben diese Erwartungen allerdings nicht erfüllt.

Sehr geehrter Herr Staatsminister, stellen Sie sich vor, ein Arzt spricht über seine Patienten: Manche sind bekanntermaßen topfit, manche kränkeln ein bisschen, aber es gibt auch Schwerkranke. Sie befassen sich dann mit dem Durchschnitt, mit Eckdaten, mit Rahmenbedingungen. Das reicht nicht aus. Wir räumen ein und wissen selbst, dass die Gesamtentwicklung Bayerns, wenn man sie mit Berlin oder Detroit vergleicht, wie wir heute schon gehört haben, als durchaus gut erscheint.

Wenn man Verantwortung für Bayern trägt, genügt es aber nicht, sich nur mit Durchschnittsdaten und -werten zu befassen und auf Berlin oder Detroit hinzuweisen, um sich damit zu beruhigen. Man muss sich auch mit den Schwerkranken befassen, die dringend Hilfe brauchen. Genau sie erwarten bei solchen Erklärungen erstens konkrete Diagnosen und zweitens Therapien. In dieser Regierungserklärung haben wir aber allenfalls vage Hinweise darauf erhalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sehr geehrter Herr Staatsminister, Sie haben in einer Passage von problematischen Regionen gesprochen und haben sie aufgezählt, allerdings nur solche in Oberfranken und der Oberpfalz. Ich will aus niederbayerischer Sicht darauf hinweisen, dass es auch im Bayerischen Wald massive Strukturprobleme gibt, die Ihre Aufmerksamkeit durchaus ebenso verdienen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dass wir jetzt die problematischen Dinge herausgreifen, ist erstens unsere Aufgabe und zweitens den Erwartungen derer geschuldet, die nicht zu den besonders Begüterten, nicht zu den wirtschaftsstarken Regionen, nicht zu den Meistverdienern bei der Gewerbesteuer gehören. All jene, die Schwierigkeiten haben, die Entwicklungsrückschritte hinnehmen müssen, die mit der Entwicklungsgeschwindigkeit der Ballungsräu-

me und der Starken nicht mithalten können, erwarten von der Bayerischen Staatsregierung, vom Innenminister und den anderen zuständigen Ressorts eine Antwort.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Um das zu dokumentieren und deutlich zu machen, will ich aus der Popularklage von Kommunen gegen den kommunalen Finanzausgleich zitieren. Das sind von CSU-Bürgermeistern geführte Kommunen.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Hört, hört!)

Da gilt nicht Pars pro toto. Ich sage das, um deutlich zu machen, dass es tatsächlich Kommunen mit existenziellen Schwierigkeiten gibt. Ich zitiere:

Die Antragsteller sehen sich seit Jahren einem die finanziellen Grundlagen der Selbstverwaltung aller kommunalen Ebenen zerstörenden Erosionsprozess ausgesetzt, der seinen Ausgang von den schwindenden Einnahmen und den steigenden Ausgaben ... nehme. Freiwilligen Aufgaben sei damit weitgehend der Boden entzogen; ...

Auch solche Kommunen haben wir in Bayern. Denen sollte mehr Geld anstatt des einen oder anderen vagen Versprechens gegeben werden. Da müssen Sie schon konkreter werden.

Uwe Brandl, der heute schon mehrfach zitiert wurde, sagt:

Hier läuft etwas falsch. Denn eigentlich sollten die unterstützt werden, die es nötig haben, und nicht die, die vor Kraft kaum laufen können.

Die Stadt München darf bei den Schlüsselzuweisungen für das Jahr 2014 53,5 Millionen Euro erwarten. Auch andere, die im Vorjahr massiv Schulden abbauen konnten, erhalten aus den Schlüsselzuweisungen für das Jahr 2014 viel Geld. Mit diesem Hinweis darf man vom Innenminister eine Klarstellung einfordern, wie die Korrekturen aussehen sollen. Es fehlt Verteilungsgerechtigkeit zwischen den Kommunen. Diese

Schlagseite muss beseitigt werden. Die vage Ankündigung, die Struktur von Schlüsselzuweisungen werde verändert, ist uns zu wenig.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

- Paul, schönen Dank dafür, dass auch du meiner Meinung bist.

Diese Korrektur wird nicht ohne Schmerzen möglich sein. Wenn wir die Wohlfühlpolitik des Ministerpräsidenten als Grundlage nehmen, wird es die notwendigen Korrekturen nicht geben können. Gestaltungswille und Gestaltungskraft sind Voraussetzungen, um zu den notwendigen Veränderungen, notfalls auch gegen Widerstände, zu kommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich will noch zu ein paar Einzelfragen betreffend die Infrastruktur Stellung nehmen. Das Thema Breitband ist schon gestreift worden. Wir haben für das, was Sie aktuell angekündigt haben, wieder keine Genehmigung aus Brüssel. Das Förderprogramm mit der verbesserten Höchstförderquote von 90 % und der maximalen Fördersumme von einer Million Euro ist derzeit noch nicht nutzbar. Wir erwarten die Genehmigung im Laufe dieses Jahres. Die Staatsregierung hat erklärt, sie soll im Frühjahr kommen. Das Frühjahr dauert immerhin noch bis zum 20. Juni. Die Kommunen, die die Förderung brauchen, sind in ihrer Entwicklungsmöglichkeit wiederum eingeschränkt. Es geht nichts vorwärts. Das Fördervolumen von 1,5 Milliarden Euro soll glänzen und darüber hinwegtäuschen, dass die Anwendung dieses Programms wieder nicht in die Gänge kommt.

In dem Zusammenhang darf ich noch einmal an unsere Anregung erinnern, dass der Staat beim Thema Breitband endlich selbst Verantwortung übernehmen sollte, und zwar nicht nur durch die Förderung von Kommunen, sondern durch eine Entscheidung, den Freistaat in seiner gesamten Fläche mit Glasfaserhauptsträngen als Hauptverkehrsachsen zu versorgen und seine staatlichen Gebäude und die Gebäude, in denen öffentliche Aufgaben erfüllt werden, daran anzubinden. Dann hätten wir die

Substanz und die nötigen Grundlagen und bräuchten keine Förderprogramme abzuwarten. Wir könnten den Kommunen dann die Feinverteilung überlassen. Auch beim Thema Breitband verliert der ländliche Raum im Wettlauf der Regionen weiterhin an Boden. Sehr geehrter Herr Staatsminister, Eile ist dringend angesagt.

Zum Thema ÖPNV – öffentlicher Personennahverkehr. Dort tut sich auch zu wenig. Dies gilt auch für die Erstattungsquoten bei der Schülerbeförderung. Wir hatten einmal von 80 % geträumt – früher gab es die auch – und tatsächlich einmal 60 % erwartet. Wenn man auf die Ergebnisse sieht, muss man feststellen, dass bei den Kommunen, die diese Aufgabe erfüllen, immer weniger ankommt. Auch das trifft wieder besonders die Schwachen, die Starken sehr viel weniger. Die Schere geht weiter auseinander.

Wenn es um ein starkes Bayern geht, um starke Kommunen, kann eine solche Rede eigentlich nicht ohne das Thema Landesplanung und Landesentwicklungsprogramm vernünftig absolviert werden. Leider haben Sie zu diesem Thema überhaupt nichts gesagt. Nein, es ist sogar so, dass sich die CSU-Fraktion am heutigen Tage veranlasst sieht – wir werden am Nachmittag darüber sprechen –, die Staatsregierung mit einem Dringlichkeitsantrag überhaupt in Gang zu setzen, was die Oberzentren und die Mittelzentren angeht. Das ist auch ein Signal dafür, dass es beim Thema Landesentwicklung selbst der CSU-Fraktion zu langsam geht. Das ist an dieser Stelle doch ein Offenbarungseid.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

Bis zum Herbst letzten Jahres haben Sie sich immer noch auf die FDP hinausreden können. Dies gehört nun auch der Vergangenheit an. Sehr geehrter Herr Kollege Kreuzer, ich bin dankbar dafür, dass die CSU-Fraktion der Staatsregierung jetzt etwas den Marsch bläst und ihr Beine macht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zumindest haben Sie angekündigt, sehr geehrter Herr Staatsminister, dass eine kommunale Gebietsreform nicht angedacht ist und stattdessen auf kommunale Zusammenarbeit gesetzt wird. Das ist auch die richtige Antwort. Wir hätten aber doch Konkreteres erwartet, als dass nur allgemein gesagt wird: Das wollen wir weiterhin verstärken. Man muss die Anreize erhöhen, man muss die Förderung erhöhen, um auf diese Art und Weise auch die Kommunen zu mehr Zusammenarbeit zu bewegen.

Das Thema Dorferneuerung ist angesprochen worden. Es ist auch gelobt worden, wie viel Geld darin steckt. Vergessen Sie aber nicht: Es fehlt an Personal. Die Dorferneuerungsmaßnahmen, die in der Tat in der Region sehr hilfreich sind, können nur mit Hilfe des Personals bewältigt werden, das zur Verfügung steht. Da fehlt es eben auch in den Direktionen für Ländliche Entwicklung. Da wäre auch mehr zu tun. Auch dazu hätten die Kommunen mehr als das erwartet, was Sie heute dazu gesagt haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wissen in die ländlichen Regionen zu bringen, ist ein guter Ansatz, den wir auch sehr begrüßen. Technologie-Campi in den Regionen, Ausgründungen von Hochschulen und Fachhochschulen in die Regionen sind ein Instrument, das wir unterstützen. Insbesondere geht es um eine Verlagerung in wirtschaftsschwächere Räume. Die Kommunen haben aber kein Geld, das zu tun, was ihnen an dieser Stelle aufgetragen ist, nämlich die Hardware zur Verfügung zu stellen und die Gebäude zu finanzieren. In den Ballungsräumen, in den wirtschaftsstarken Räumen müssen dies nicht die Kommunen tun, sondern dort ist es selbstverständlich Aufgabe des Staates, die Finanzierungslasten zu tragen, während sich der Staat in den wirtschaftsschwachen Regionen zur Erfüllung dieser seiner Entwicklungsaufgabe, auch im Bereich der Wissenschaft, die Gebäude von den Kommunen finanzieren und hinstellen lässt. Auch das ist ein Signal der Schwäche und auch ein Signal fehlender Bereitschaft, für die Schwachen besonders viel zu tun.

Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich will schon noch einmal deutlich machen, dass vage Versprechungen einfach zu wenig sind. Wir wollen in den weiteren Debatten sehr konkret wissen, was Sie vor allem auch für die Schwachen zu tun gedenken, um die verfassungsrechtliche Verpflichtung, gleichwertige Lebensbedingungen und Chancengleichheit in ganz Bayern herzustellen, auch tatsächlich in die Tat umzusetzen. Das, was wir heute dazu gehört haben, ist uns noch zu wenig gewesen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Kollege Ganserer. Bitte schön, Herr Kollege.

**Markus Ganserer (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich hätte ich mir von der Regierungserklärung erwartet, dass Sie ein vollständiges Bild von Bayern abliefern. Ja, Bayern ist wirtschaftlich stark. Wo aber Licht ist, da ist auch Schatten. Auch die dunklen Seiten soll man ansprechen. An diesen sollten wir arbeiten, damit wir vorwärtskommen, man sollte sich nicht nur im eigenen Erfolg sonnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu nennen sind zum Beispiel die starken Umweltbelastungen, die gerade und insbesondere auch auf den Verkehr zurückgehen, der in Ihrem Sektor und in Ihrem Verantwortungsbereich liegt. Laut dem Bayerischen Landesamt für Umwelt fühlen sich rund zwei Drittel der Bevölkerung vom Lärm stark belastet. Unbestritten ist, dass die Lärmbelastung zu gravierenden gesundheitlichen Folgen führt. Dabei macht es keinen Unterschied, ob die Menschen an bestehenden Straßen oder an Neubaustrecken wohnen. Daher verstehe ich nicht, warum es bis heute noch keinen gesetzlichen Anspruch auf Lärmsanierung an bestehenden Straßen gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erst letztes Jahr hat die EU-Kommission gegenüber Deutschland unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass in zahlreichen deutschen Städten, darunter auch Augsburg, Nürnberg und München, die derzeitigen Bemühungen zur Luftreinhaltung nicht ausreichen, um die EU-Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid einzuhalten. Auch dabei bräuchten die Kommunen dringend stärkere Unterstützung, um Maßnahmen umzusetzen.

Rund 37 % der in Bayern verursachten CO<sub>2</sub>-Emissionen gehen auf den Verkehr zurück. Wenn wir den Klimaschutz ernst nehmen, brauchen wir neben der Energiewende auch ganz dringend eine Verkehrswende.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um diese Verkehrswende einzuleiten, müssten wir den Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagern. Dies geht aber nur, wenn bei den Investitionen der Schwerpunkt endlich von der Straße auf den öffentlichen Verkehr verlagert wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Kollegin Schweiger hat Ihnen, Herr Staatsminister, ja schon geraten, Sie sollten verstärkt Gespräche draußen im Lande führen. Ich könnte Ihnen auch einen Gesprächspartner nennen. Gehen Sie doch einmal zu Herrn Leupold, Chef des Bayernhafens Nürnberg. Er ist wirklich bemüht, Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern, hat aber zunehmend Probleme, weil die Kapazitäten auf den Schienenstrecken außerhalb des Hafens nicht ausreichen, um zusätzliche Züge auf die Gleise zu bekommen. Er wartet sehnsüchtig darauf, dass die Strecken Hof – Regensburg und Nürnberg – Marktredwitz bis hin an die tschechische Grenze endlich elektrifiziert werden, damit Verkehr auf die Schiene verlagert werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nicht angesprochen wurden die stark verlotterten Straßeninfrastrukturen. Bei Bund, Land und Kommunen fehlen jährlich rund 7 Milliarden Euro, allein um die Bestandser-

haltung zu garantieren. Die von Ihnen im Koalitionsvertrag in Berlin festgeschriebenen 1,25 Milliarden Euro jährlich sind wahrlich nur ein Sandkorn in den großen Schlaglöchern unserer Straßen. Statt über die Pkw-Maut nur für ausländische Bürger zu spekulieren, die, abgesehen von der Frage, ob sie überhaupt mit EU-Recht vereinbar ist, einen wahnsinnigen Verwaltungsaufwand verursachen würde, würde ich Ihnen empfehlen, das umzusetzen, worüber Sie sich mit Ihren 15 Landesverkehrsministerkollegen in den anderen Bundesländern einig sind: dass endlich diejenigen zur Kasse gebeten werden, die unsere Straßen wirklich abnutzen und für Schäden verantwortlich sind. Weiten Sie endlich die Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen aus und senken Sie die Tonnage auf deutlich unter 12 Tonnen.

Herr Kollege Mistol hat es schon angesprochen: Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und auch die Entflechtungsmittel laufen im Jahr 2019 aus. Kümmern Sie sich bitte darum, dass möglichst umgehend eine entsprechende Nachfolgevereinbarung mit dem Bund getroffen wird, damit die Kommunen auch beim Ausbau des ÖPNV Planungssicherheit haben. Kümmern Sie sich darum, dass nicht nur die Ballungsräume profitieren, sondern dass auch die vom demografischen Wandel betroffenen, struktur- und finanzschwachen Kommunen etwas davon haben.

In vielen Kommunen geht es schon lange nicht mehr um den Ausbau, sondern sie haben schon mit der gegenwärtigen Finanzausstattung massive Probleme, die bestehende Infrastruktur zu erhalten. Deswegen fordere ich Sie auf: Setzen Sie sich dafür ein, dass das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und die Entflechtungsmittel nach 2019 nicht nur fortgeschrieben, sondern auch für Investitionen in den Bestandserhalt geöffnet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Staatsminister, eines haben Sie Ihren Vorgängern voraus: Sie erkennen zumindest, dass unsere grünen verkehrspolitischen Initiativen wirklich gut sind. Sie sind sogar bereit, diese in Regierungshandeln umzusetzen. Erst am Montag

haben Sie verkündet, die Stadt-Umland-Bahn von Nürnberg nach Erlangen stärker mit staatlichen Fördergeldern zu bezuschussen und darüber nachzudenken, den Förderatbestand dahin gehend zu erweitern, dass Straßenbahnen auch ohne eigenen Gleiskörper gefördert werden. Ja, wunderbar!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Staatsminister, genau das forderten wir GRÜNEN vor einem Jahr in einem Antrag. Dieser wurde aber mit den Stimmen der CSU und der damals im Landtag noch vertretenen FDP leider Gottes abgelehnt. Aber schauen wir einmal, ob die Mitglieder Ihrer Fraktion hinter Ihren Initiativen und Forderungen stehen und unserem Antrag in der nächsten Sitzung des Wirtschaftsausschusses in der kommenden Woche zustimmen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Punkt ist noch nicht angesprochen worden: das starke Stadt-Land-Gefälle. Wenn Sie an dem Prestigeprojekt der zweiten S-Bahn-Stammstrecke in München festhalten, versenken Sie bei geschätzten Investitionskosten von mindestens 2,5 Milliarden Euro im Prinzip einen zweiten Transrapid in der Erde. Das Geld, das durch dieses Projekt über Jahre gebunden wird, fehlt dann anderswo im Land, um eine Vielzahl von kleineren, wesentlich günstigeren, aber genauso dringend notwendigen Maßnahmen umzusetzen. Schon bisher haben die Planungskosten für die zweite S-Bahn-Stammstrecke weit über 70 Millionen Euro verschlungen. Auf der anderen Seite erklären Sie den Kommunen, in denen die Kommunalpolitiker parteiübergreifend der Meinung sind, dass Bahnstrecken dringend reaktiviert werden müssten, dass sie die Infrastrukturausbaumaßnahmen allein stemmen sollen. Das passt einfach nicht mit dem Grundsatz von gleichwertigen Lebensverhältnissen in allen Landesteilen zusammen. Zusammenfassend kann ich nur noch feststellen: Insbesondere die bayerische Verkehrspolitik ist stark verbesserungswürdig.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Kolleginnen und Kollegen, damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt, da es eine zusammenfassende Stellungnahme des Herrn Staatsministers nicht gibt.